Nationalliberale Partei,

nationalliberale Presse

und

höheres Gentlemanthum.

Von einem Nichtreichsfeinde.

Vierte Auflage.

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

1876.

Aufgeschnittene und gelesene Exemplare werden nicht zurückgenommen.

Nationalliberale Partei,

nationalliberale Presse

und

höheres Gentlemanthum.

Von einem Nichtreichsfeinde.

Vierte Auflage.

Springer-Verlag Berlin Heidelberg GmbH

1876.

ISBN 978-3-662-33489-8 ISBN 978-3-662-33887-2 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-662-33887-2

Vor etwa Jahresfrist, einige Wochen vor dem letztverflossenen ersten April führte, wie sich aufmerksamere Zeitungsleser vielleicht noch erinnern, die officiöse, inspirierte und ein Theil derjenigen Presse, die sich stets sehr beleidigt fühlt, wenn sie mit jenen beiden Sorten in einen Topf geworfen wird, einen mächtigen Coup aus. Ein sehr ernstes Ereigniß wurde für jenen Tag in Aussicht gestellt; ein Ereigniß, das in der That eigentlich zu ernst war, um zum Gegenstande von officiösen, inspirierten und „unabhängigen" Stil- und Gedankenübungen gemacht zu werden. Allerdings lag ein mildernder Umstand darin, daß die Art der Behandlung von vorneherein keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß lediglich ein officiös-inspiriert-unabhängiger Aprilscherz vorlag, so daß ein Jeder, der von den betreffenden Auslassungen Notiz nahm, es sich lediglich selbst zuzuschreiben hatte. Die Kanzlerkrisis — natürlich handelte es sich um diese zu einem integrierenderen Theile der Reichs-Verfassung als irgend ein geschriebener Paragraph gewordene Reichseinrichtung — war allerdings schon so oft in den officiös-inspiriert-unabhängigen Spalten erschienen, daß, wenn das abgetriebene Pferd wirklich mit aller Gewalt noch einmal vorgeritten werden sollte, dies anständigerweise nur in ganz neuer Aufzäumung vor sich gehen konnte. Dies geschah, und zwar überraschte die Costümierung, dem lustigen ersten April entsprechend, durch ihre Heiterkeit. Nach den Darstellungen der gedachten Blätter, von denen die einen als inspiriert den wahren Sachverhalt genau kennen mußten, die andern viel zu „unabhängig" waren, um sich, wie weiland Benedetti eine Note im auswärtigen, so einen Artikel im Reichskanzleramt dictieren zu lassen, und deren vereintes Zeugniß also gewiß klassisch ist, war

der Zuſtand des Kanzlers, auf den die Kriſis begründet wurde, ein höchſt ſeltſamer, an Seltſamkeit im Allgemeinen, wenn auch nicht in den einzelnen Erſcheinungen, nur dem einer Stigmatiſierten oder dem des ſchlafenden Ulanen in Potsdam vergleichbarer. Der Kanzler befand ſich danach nicht mehr, wie gewöhnlich bisher nach den officiös-unabhängigen Mitteilungen in dem einen oder dem andern der beiden Extreme, zwiſchen denen der Geſundheitszuſtand der Erdenſöhne hin und her zu ſchwanken pflegt, ſondern gleichzeitig in beiden zuſammen — gewiß ein Einfall, wie ihn ſelbſt Officiöſe und „Unabhängige“ nur ſelten und nur dann haben, wenn eine große Stunde die Geburt eines großen Gedankens gebieteriſch fordert. Der Kanzler war alſo, um den Wortlaut der ergangenen Kunde möglichſt getreu wiederzugeben, in ſeiner Nervenzerrüttung plötzlich auf einen Punkt angelangt, der es ihm behufs Vermeidung der Auflöſung ſeines irdiſchen Theils zur unbedingten Pflicht machte, ſeine Aemter und Würden zum erſten April (doch gab die Pythia zu verſtehen, daß es vielleicht noch ein paar Tage länger dauern könne) niederzulegen, ihm jedoch gleichzeitig geſtattete: erſtens eine rege parlamentariſche Thätigkeit zu entfalten und ſomit zweitens im Reichstage und drittens im preußiſchen Herrenhauſe der Mittelpunkt des parlamentariſchen Lebens zu werden, in weiterer Folge dann viertens das Schwergewicht des Staatslebens mehr in die parlamentariſchen Verſammlungen hinüberzuſchieben, unbeſchadet deſſen jedoch fünftens ſeinen bisherigen Verrichtungen als ſtärkſte Stütze des Thrones weiter obzuliegen und endlich ſechſtens nicht nur nach wie vor die Zielſcheibe der Ultramontanen in Gedanken, Wort, Schrift, Bild, Druck und That zu bleiben, ſondern daß ſiebentens in noch erhöhtem Maaße zu werden. Dieſer Zuſtand war ſelbſt in officiöſen und „unabhängigen“ Blättern nicht lange haltbar und die Mittheilung ließ demgemäß nicht auf ſich warten, daß der Kanzler in Folge der rechtzeitig angelangten Encyclica nicht nur geſünder ſei wie je, ſondern eigentlich nie krank geweſen war. Die ganze Feinheit und Meiſterſchaft der Officiöſen, Inſpirierten und „Unabhängigen“ bei dieſem Streiche iſt leider gar nicht erkannt worden. Dieſe Perſonen hatten in Wirklichkeit nichts Ge-

ringeres gethan, als dem Papſte und dem vatikaniſchen Concile ein gehöriges Paroli geboten und gezeigt, daß ſie daſſelbe könnten, wie jene. Ebenſo wie der Papſt viele Jahrhunderte hindurch nur im Vereine mit dem Concil unfehlbar geweſen war, im Jahre 1870 aber durch das Vaticanum für ſeine Perſon allein unfehlbar wurde, und zwar gleich dermaßen, daß er es ſchon von jeher geweſen war, alſo auch hatten die Officiöſen, Inſpirierten und „Unabhängigen" den Reichskanzler aus ſchwerem Leiden mit einem Schlage dermaßen geſund gemacht, daß er überhaupt nie krank geweſen war.

Es iſt eine ebenſo bekannte, wie wunderbare pſychologiſche Thatſache, daß der Menſch unter Umſtänden eine unerklärliche Neigung und Fähigkeit entwickelt, gerade auf ſolche Eigenſchaften und Handlungen ſtolz zu ſein, um deren willen er nach den einfachſten Begriffen und Regeln des Anſtandes und der Sittlichkeit alle Veranlaſſung zur Verhüllung ſeines Hauptes hätte. So hier. Die „Unabhängigen" dürſteten danach, weitere Proben ihres Geiſtes und ihrer „Unabhängigkeit" abzulegen. Die ſchweigende Mißachtung, mit der ſolcherlei Harlekinaden auf Beſtellung von allen denkenden und anſtändigen Leuten ohne Unterſchied der politiſchen Farbe aufgenommen werden, und mit der auch dieſe aufgenommen worden iſt, iſt augenſcheinlich von deren Verfaſſern und Verbreitern nicht gefühlt, oder über den Eindruck, der damit auf den urtheilsloſen und ſenſationsluſtigen großen Haufen erzielt worden ſein mag, überſehen oder auch am Ende gar für ſtaunende Bewunderung über das Unterrichtetſein der betreffenden Blätter gehalten worden. Wie dem auch ſei, die zweite Auflage erfolgte. Das Gefühl des Ekels über den officiös-inſpiriert-unabhängigen Kriegslärm im Monate Mai und über die unmittelbar darauf folgende officiös-inſpiriert-unabhängige Selbſtdementierung und Selbſtinsgeſichtſchlagung, wobei das betreffende Preßvolk bald noch der Erfüllung einer patriotiſchen Pflicht ſich rühmte, bald mit der Verlogenheit eines nach jeder Seite hin, wo die Peitſche nicht unmittelbar droht, frechen Sclaven behauptete, nur die von der auswärtigen Preſſe — die in dieſem Falle wirklich unſchuldiger war, denn ein neugeborenes Lamm — aufgethürmten Wolken haben zerſtreuen zu wollen, bald

sich untereinander beschuldigte und denuncierte, war zu groß und ist vielleicht noch heute zu frisch, als daß zu einer Wiedererzählung des Verlaufs im Einzelnen Veranlassung vorläge. Die Sache hat ihren würdigen und wirklich hoch erfreulichen Schluß dadurch erhalten, daß von derselben Stelle her — welche, beiläufig bemerkt, nicht der Graf Harry v. Arnim ist, gegen welchen man den Achselzuckungsparagraphen gemacht hat — von wo der Presse der Stoff zu all dem Lärm geliefert wurde, und aus liebedienerischer Gefälligkeit gegen welche sie denn auch ohne alle Rücksicht auf den Frieden Europas und die Wohlfahrt und die Würde des eigenen Vaterlandes, wie blind und toll drauf los lärmte, ihr schließlich, als der russische Kaiser sein bekanntes Machtwort gesprochen hatte, erklärt wurde, daß sie sich „täppisch" benommen habe, und daß von ihren Diensten kein weiterer Gebrauch mehr gemacht werden würde. Die verzweifelten, darauf folgenden Versuche der „täppischen" Presse — worunter natürlich sämmtliche auf Ordre kriegsgelärmt habende Blätter, darunter einige „unabhängige" von recht großem Umfange zu verstehen sind — in das geohrfeigte Gesicht einen hochmüthigen Zug hineinzuquetschen und über die Entbehrlichkeit von Regierungsmittheilungen für unabhängige Blätter zu predigen, waren zum Weinen. Natürlich war weder die Drohung, noch die zur Schau getragene Gleichgültigkeit dagegen ernstlich gemeint. Das Preßbüreau im Ministerium des Innern besteht bekanntlich nach wie vor, der Reptilienfonds, diese scheußliche Einrichtung, bleibt dem edlen Zwecke der Verbreitung gegen Entgelt von Nachrichten und Ansichten, die kein Mensch umsonst verbreiten würde, auch für die Zukunft erhalten und im Reichskanzleramt wird schon Vorsorge getroffen sein, gutgesinnten Preßleuten, wenn sie herzinniglich darum bitten, von Zeit zu Zeit irgend eine zähe alte Ente vorzuwerfen, die es aushält, behufs Erreichung irgend welcher Nebenzwecke einige Wochen lang täglich durch einige hundert Spalten gezogen zu werden.

Wenn demjenigen Theile der nationalliberalen Presse, um den es sich hier handelt, weiter nichts vorzuwerfen gewesen wäre, als die beiden besprochenen Leistungen, oder auch nur eine derselben,

so wäre damit schon bewiesen, daß derselbe auf das Niveau der officiösen Presse herabgesunken ist. Denn das letzte und widerlichste Characteristicum der Officiösen besteht darin, daß sie als bezahlte Lakaien, ohne Rücksicht auf persönliche Ueberzeugung und persönliche Ehre schreiben und sich in ihrer unterwürfigen Haltung durch Püffe und Fußtritte, an denen es wahrhaftig für die „täppische" Presse zu keinen Zeiten gefehlt hat, nicht beirren lassen, ganz wie es einem guten Lakaien des ältern Lustspiels geziemt. Dabei fällt nicht ins Gewicht, ob die betreffende „unabhängige" Presse einmal einen Schmerzensschrei ausstößt, denn das thun jene Lakaien auch; noch, daß die „unabhängige" Presse gelegentlich mit der eigentlich officiösen sich in die Haare geräth, denn sie zeigt dadurch nur, daß sie sich eben zu schlagen und zu vertragen versteht; noch endlich, ob die Bezahlung in Geld oder in Gefälligkeiten — wirklichen oder solchen, die in unglaublicher Verblendung dafür gehalten werden — erfolgt. Um ganz zu ermessen, was es eigentlich für den betreffenden Theil der „unabhängigen" Presse heißt, officiös zu sein, muß man sich gewärtig halten, was die öfficiöse Presse ist und bedeutet, und als was sie von der gesammten freisinnigen Presse, einschließlich der hier in Rede stehenden „Unabhängigen" einst in besseren Zeiten unter dem ungetheilten Beifall der öffentlichen Meinung gekennzeichnet worden ist. „Die officiöse Presse", so lautete der in der That unanfechtbare Wahrspruch, „ist ihrer Natur und dem Grunde „ihres Daseins nach etwas unbedingt und an sich Schlechtes. „Sie verdankt ihr Dasein entweder der Ueberzeugung der Re„gierung, für ihre Politik freiwillige Vertheidiger in hinreichender „Zahl und von genügender geistiger und sittlicher Stärke nicht zu „finden und daher dem Bedürfniß, zu diesem Behufe käufliche „Subjekte zu kaufen; oder dem Hintergedanken der Regierung, „ihre Freunde zu irgend einer Zeit zu verrathen, und daher dem „Bedürfniß, für alle Fälle eine Rotte besoldeter Lobpreiser zur „Verfügung zu haben; oder endlich dem Wunsche der Regierung, „behufs Erreichung irgend welcher, vielleicht rein persönlicher und „ganz untergeordneter, vielleicht nicht einmal anständiger und sitt-

„licher Nebenzwecke ein ſtets bereites Werkzeug zur Täuſchung,
„Ablenkung, Irreführung der öffentlichen Meinung zu beſitzen,
„für das keine Verantwortlichkeit übernommen zu werden braucht.
„In Ergänzung ihres unehrlichen Urſprungs aber trägt die offi-
„ciöſe Preſſe noch ſtets den beſondern Stempel der Unehrlichkeit,
„weil ſie unter dem äußern Scheine einer Staats-Einrichtung,
„als ſolche aus öffentlichen Geldern, alſo auf Koſten ihrer Opfer
„bezahlt wird und in Wahrheit nie etwas anderes iſt, als die
„giftigſte Parteiwaffe, welche ihre erfahrungsmäßig beſonders takt-,
„maß- und würdeloſen Angriffe gerade gegen die beſten und über-
„zeugungstreueſten Männer des Landes richtet, und dabei noch eine
„unbillige Sicherſtellung vor dem Strafgeſetze genießt, da ihre
„Patrone bei der gegenwärtigen Lage der Geſetzgebung vollkom-
„men im Stande ſind, ſie in dieſer Hinſicht zu ſchützen, außer
„etwa gegen eine armſelige Beleidigungsklage im Civilverfahren;
„während wenn ein wirklich unabhängiges Blatt ein der Regierung
„nicht genehmes Wort ſpricht, ſofort Himmel und Hölle, Polizei,
„Staatsanwaltſchaft und Gericht in Bewegung geſetzt werden.
„Wenn die Regierung, die Ueberfluß an Mitteln hat, auf geradem,
„offenem Wege, mehr wie Tageshelle über ihre Ab- und Anſichten
„zu verbreiten, zu der officiöſen Preſſe greift, ſo iſt nicht die Aus-
„breitung von Licht, ſondern von Dunkelheit dabei Abſicht und
„Wirkung. Der daraus für die officiöſe Preſſe ins Feld geführte
„Grund iſt alſo kein Grund, ſondern eine Lüge. Der Schluß,
„daß die officiöſe Preſſe einen dunklen und faulen Fleck im
„Staatsleben bedeutet, geht aus den Bedingungen ihres Daſeins
„mit ſolcher mathematiſchen Genauigkeit hervor, daß es eines
„Hinweiſes darauf kaum noch bedarf, daß das Treiben der offi-
„ciöſen Preſſe genau in demſelben Verhältniß an Ekelhaftigkeit
„und Einfluß gewinnt, als eine Regierung unter unabwendbarer
„Verunreinigung des ganzen öffentlichen, zum Theil ſelbſt auch
„des privaten Lebens ſich von dem Ideal, der wahre Ausdruck
„des Volkswillens zu ſein, entfernt und der Leidenſchaft, der
„Selbſtſucht, dem ſchlechten Ehrgeize und den Vorurtheilen fröhnt:
„mit einem Worte ſich als Selbſtzweck betrachtet; — von dem

„glücklichen Zustande des Inselreichs, wo jenes Ideal zur Wahr-
„heit geworden und der Begriff der officiösen Presse unbekannt ist,
„an bis hinab zu der napoleonischen Regierung, wo eine officiöse,
„zu jeder Speichelleckerei, zu jeder Lüge, zu jeder Verläumdung
„entschlossene Presse für eins der mächtigsten Stütz- und Binde-
„mittel eines durch und durch verfaulten Staats-, Regierungs-
„und Gesellschaftswesens galt." So sprach man damals und mit Recht. Denn als, um nur ein einziges Beispiel des Werthes und der Wahrhaftigkeit officiöser Versicherungen anzuführen, im constituierenden Reichstage des norddeutschen Bundes der Antrag auf Diätenbewilligung gestellt wurde, da regnete es von officiösen Betheuerungen und Schwüren, daß die Reichsverfassung mit diesem Zusatze für die Regierungen absolut unannehmbar sein würde; kaum aber war die gewünschte Wirkung erzielt, als sich der Reichskanzler das eigentlich nicht ganz diplomatische, aber wie sich nachmals herausgestellt hat, der nationalliberalen Partei und Presse gegenüber unschädliche Vergnügen machte, es laut zu erzählen, daß er nicht nur die Diäten, sondern noch ganz andere Dinge in den Kauf genommen hätte — was man sich eigentlich mit einem Mindestbetrag von politischer Einsicht hätte selber vorher sagen können. Die officiöse Presse hat in den letzten Jahren wahrhaftig nichts gethan, was dieses Verdikt anzufechten geeignet wäre; wohl aber ist ein großer Theil der früher unabhängigen nationalliberalen Presse zu dem von ihr selbst als Pestsumpf geschilderten Zustand hinabgestiegen. Sie hat sich damit zu etwas Schlechterem und Verderblicherem gemacht, als die officiöse Presse selbst. Denn vor der als officiös bekannten Presse kann man sich schützen, indem man sie nicht liest, und der Sinn des deutschen Volkes ist gesund genug, um dieses Schutzmittel recht reichlich in Anwendung zu bringen. Aber wenn ein bis dahin unabhängiges, freisinniges Blatt, dessen Benutzung der Regierung natürlich aus eben diesem Grunde über alles erwünscht ist, sich officiös von der Regierung zu Zwecken gebrauchen läßt, die weder mit den allgemeinen Aufgaben der Presse, noch mit der besondern des betreffenden Blattes als Parteiorgan zusammenfallen, ja mit der Er-

füllung der letzteren in schroffem Widerspruche stehen, wenn es, anstatt die politischen Grundsätze, die es zu vertheidigen noch vorgibt, gegenüber der Regierung zu vertreten, die öffentliche Meinung im Sinne der Regierung gegen diese Grundsätze gleichgültig oder feindlich zu machen sucht, so treibt es Schacher mit seinem früher erworbenen guten Ruf und macht das Publicum, das in seiner großen Masse die Sachlage nicht sogleich durchschaut und dem Blatte gewohntermaßen noch eine oft geraume Zeitlang folgt, zum Opfer dieses Schachers.

Es sind nicht sowohl einzelne hervorragende Thatsachen — obwol es an solchen keineswegs fehlt — welche diesen Vorwurf für die nationalliberale Presse in so schwerem Maaße begründen; es ist nicht einmal an erster Stelle ihre Haltung in der Militairfrage zu Ostern 1874, wo sie die Volksvertretung vom Volke zu isolieren suchte, wo sie sich bemühte, nach Art der scheußlichen napoleonischen Regierung einen appel au peuple ins Werk zu setzen, wo die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte von Volk und Volksvertretung in den Händen reactionärer Hofcoterien nicht schlechter hätten gewahrt sein können, als bei der nationalliberalen Presse; sondern es ist jene fortgesetzte Maulwurfsarbeit, mit der seit Jahren und in immer zunehmender Untreue gegen ihre noch als Aushängeschild gebrauchten Grundsätze und die ihr dadurch obliegenden Pflichten die nationalliberale Presse die auf der politischen Bühne sich abspielenden Ereignisse beleuchtet, gruppiert, verschweigt, mit der sie Betrachtungen anstellt, wiedergibt, unterläßt. Es ist dies zuletzt in einem Maaße geschehen, daß es nur drei Erklärungen dieser Erscheinung gibt: entweder, die nationalliberale Presse weiß nicht, was auf dem Spiele steht und welchen Staatsmaximen sie in die Hände arbeitet, dann ist es die äußerste Schwachsinnigkeit, welche sie leitet, oder sie erkennt wol die Lage, wagt aber nicht nach dem höheren Ziele zu streben, aus Furcht vor dem dunklen Thale, durch welches vielleicht der Weg dahin auf eine kurze Zeit geht, dann ist es Feigheit, oder aber sie ist erkauft.

Die Regierung erstrebt offen den Scheinconstitutionalismus,

das ist diejenige Regierungsform, in welcher die Volksvertretung zwar die Verantwortlichkeit für die Leitung der Staatsgeschäfte von den Schultern der Regierung ab- und auf sich übernimmt, ihre Rechte aber darauf beschränkt findet, eine Aenderung der bestehenden Gesetzgebung und die Auflage neuer Steuern zu verhindern und den Etat festzustellen, während sie von einem jeden Einflusse auf die Zusammensetzung der Staatsregierung, auf die Handhabung sämmtlicher Zweige der Verwaltung in sachlicher wie in persönlicher Beziehung, auf die Verbesserung der Gesetzgebung, auf die Forterhebung der bestehenden Steuern und auf die Anwendung und Auslegung der Gesetze, soweit es nicht der Regierung beliebt, ihr in einzelnen Fällen einen solchen Einfluß aus praktischen Rücksichten zu gewähren, ausgeschlossen ist, und nicht einmal ein gesetzliches Mittel hat, um die ihr unzweifelhaft zustehenden erstgenannten Rechte sicher zu stellen, sobald die Regierung etwa unter dem Vorwande eines „Nothstandes" dieselbe über den Haufen zu werfen entschlossen ist. Die Regierung geht in dieser Richtung systematisch und mit detaillirtester Sorgfalt vor. Alle staatlichen Einrichtungen der alten absoluten Regierungsform, auf dem Gebiete der Justiz wie der Verwaltung, sowie die später aus Frankreich eingeschleppten, welche vor allen Dingen die Regierung gegen die Gefahr, wirklich constitutionell und in Uebereinstimmung mit den Willen der Volksvertretung regieren zu müssen, zu schützen bestimmt sind, werden mit äußerster Hartnäckigkeit festgehalten und als „conservativ" vertheidigt, gleichgültig, ob sie aus der alten preußischen, aus der Zeit Ludwig XIV., oder aus der Zeit der französischen Schreckensherrschaft stammen. Wo aber etwa Einrichtungen bestehen, die mit dem, was man während der gräuelvollen bundestäglichen Zeit das „monarchische Princip" nannte, nicht zu stimmen scheinen, geht die Regierung über ganz positive Verfassungsbestimmungen hinweg und darauf aus, dieselben unwirksam zu machen. Zugleich aber wird durch Wort, That und Unterlassung darauf hingearbeitet, zunächst in den Gemüthern der großen Masse und dann je mehr und mehr in den Gemüthern der mit Politik sich Beschäftigenden, soweit irgend

möglich, den bloßen Gedanken und die Verstellung des wahren Constitutionalismus nicht aufkommen zu lassen, jedenfalls ihn zu trüben und zu verwirren. Der Beispiele sind Legion, und ein jeder, der sich in den letzten Jahren um den Gang der öffentlichen Angelegenheiten bekümmert hat und sich erinnert, was von Seiten der Regierung während dieser Zeit gesprochen, gedruckt, gethan und nicht gethan worden ist, kann sie aus dem Stegreife zu Hunderten herzählen. Im Jahre 1868 erklärte der Reichskanzler, lieber auf die geforderte Marineanleihe verzichten und die junge Flotte verfallen lassen zu wollen, als ein Amendement anzunehmen, das die civilrechtliche Verantwortlichkeit der mit der Aufnahme, Verwaltung und Verwendung der Anleihe befaßten Beamten feststellte und somit nur einen der einfachsten und unerläßlichsten Grundsätze der constitutionellen Regierung Genüge that. Fünf Jahre darauf verlangte bei der Untersuchung über den großen Eisenbahnhandel die Regierung eine Verzichtleistung des Landtags auf sein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht, aus eigener Machtvollkommenheit eine Untersuchungscommission zu ernennen, indem sie nicht undeutlich zu verstehen gab, daß sie im Falle des Widerspruchs lieber — genau wie es zur Zeit des Conflikts gegenüber der Untersuchungscommission über die Wahlbeeinflussungen geschehen war — der rein parlamentarischen Untersuchungscommission alle Hindernisse in den Weg legen und den Scandal unaufgedeckt lassen würde. Leider gaben in jenem Falle der Reichstag und in diesem das Haus der Abgeordneten — edelmüthig und patriotisch — nach, obwohl sie wahrhaftig in beiden Fällen nicht das Urtheil der Nation zu scheuen gehabt hätten und ein Beharren auf ihrem Standpunkte vielleicht einen Patriotismus höherer Ordnung dargestellt hätte. Es genügt, daß jemand der Mehrheit der Abgeordneten angehört, derselben Mehrheit, von welcher die Regierung die unbedingteste Hingabe fordert und erlangt — um ihm den Weg ins Ministerium hoffnungslos zu verschließen — mögen seine Talente, seine Geschäftskenntniß, seine Beredsamkeit, seine Vaterlandsliebe, seine ganze äußere und innere Persönlichkeit ihn noch so sehr und noch so anerkanntermaßen

dazu befähigen. Es ist bekannt, wie sehr oft die Verwaltungsmaßregeln höherer und niederer Behörden und ihre Art der Anwendung der Gesetze den Wünschen der Volksvertretung und ihrer oft ganz unzweifelhaften Absicht beim Erlasse der Gesetze widersprechen, ohne daß Abhilfe zu erlangen ist. Es ist bekannt, wie oft die Aeußerungen vom Tische des Bundesraths und die Ausdrücke in der officiösen Presse darauf berechnet sind, unklare Vorstellungen zu erzeugen, als ob der Reichstag von der Regierung Weisungen anzunehmen hätte und abhängig von ihr wäre. Aeußerungen, wie die jüngste des hessischen Herrn Hofmann, würden gar nicht vorkommen können, wenn nicht eine solche Absicht — im einzelnen Kopfe für den einzelnen Fall vielleicht unbewußt — vorhanden wäre, oder die falschen und verkehrten Ansichten nicht schon bis in die Köpfe von Bundesrathsmitgliedern sich verstiegen hätten. Es ist bekannt, wie unsäglich oft die Wünsche der Volksvertretung mißachtet werden, von Kleinigkeiten, wie der Zusammenberufung des Reichstags ohne genügende Vorarbeiten und einzelnen Personenfragen an, bis zu den grundsätzlichsten, sachlich begründetsten, zum Theil mit großer Einmütigkeit gefaßten Beschlüssen, wie den Anträgen auf Diätenbewilligung, auf Einführung gesetzmäßiger Zustände in Lippe und Mecklenburg, auf die Schonung von Mitgliedern des Reichstags vor Verhaftung während der Dauer der Session — selbst wenn, wie im letzten Falle, die Gründe des abgelehnten Antrags in demselben Augenblicke für zutreffend erkannt und als Unterlage eines Gesetzentwurfs benutzt werden, der weit geringeren Mißlichkeiten abzuhelfen bestimmt ist, aber freilich solchen, von denen unter Umständen auch Mitglieder der Regierung betroffen werden können. Es ist aber leider auch bekannt geworden, wie die Regierung, wenn die Volksvertretung Anträge verwirft, über deren sittliche und politische Verwerflichkeit außerhalb der unmittelbarsten Regierungskreise keine Meinungsverschiedenheit herrscht und deren Inhalt in keinem civilisirten Staate verwirklicht ist, noch den Beleidigten spielt, sich in ihren bezahlten Organen dafür preisen läßt, daß sie ihren Willen dem Lande nicht mit Gewalt aufzwingt, zugleich aber auch

die Volksvertretung mit Beleidigungen überhäuft und ihr andeutet, daß sie die wahren Interessen des Landes nicht begriffe. Und doch sollte man meinen, daß abgesehen von der formellen Gleichberechtigung beider Theile, die Zurückweisung einer Regierungsvorlage durch die Volksvertretung thatsächlich eine weit weniger schroffe und harte Maßregel ist, als die Ablehnung eines Beschlusses der Volksvertretung durch die Regierung. Denn die Regierung ist nur des Volkes willen da, nicht umgekehrt; und die Regierung kann ja gehen und sicher sein, daß das Volk eine andere Regierung finden wird, aber das Volk kann nicht gehen. Das ist nicht parlamentarische Doktrin und Theorie, sondern die Natur und das Wesen der Dinge. Die Verschleierung dieser unbestreitbaren und geradezu ewigen Wahrheit aber ist das unausgesetzte und unablässige Bemühen und der augenscheinliche Zweck der officiösen Presse. Des großen preußischen Verfassungsconflikts, durch welchen dem Volke zum ersten Male eine ruhige Klarheit über dieses Wesen der Dinge aufgieng, wird in der officiösen Presse bei jeder Gelegenheit, die sich irgendwie dazu benutzen läßt, als einer glücklich überstandenen Thorheit der freisinnigen Parteien gedacht, sein Ausgang als ein einfacher und vollständiger Sieg der Regierung, als ein gründliches Zukreuzekriechen der freisinnigen und verfassungstreuen Opposition hingestellt. Jede mündliche oder schriftliche Aeußerung der Regierungsorgane in Parlament und Presse zielt darauf ab, im Volke die Vorstellung von einer ganz selbstständigen, um ihrer selbst willen vorhandenen, in sich selber ihren Ursprung und ihre alleinige Berechtigung tragenden Regierungsgewalt zu erwecken und zu befestigen, deren Willen nicht von ferne mit dem noch so oft, fest, ernstlich und einmüthig erklärten Willen des Volkes und seiner gesetzmäßigen Vertreter übereinzustimmen braucht und welche im Falle eines Widerspruchs nicht die mindeste Veranlassung hat, den positiven Wünschen der Volksvertretung Rechnung zu tragen, ja die eigentlich schon eine Abwehr ihrer Veränderungsgelüste als eine Unbill zu empfinden hat. Erst ganz vor Kurzem stellte die Provincialcorrespondenz eine Stockung des parlamentarischen Lebens in Aussicht, wenn die Volksvertretung den — bekannten

reactionären — Anwandlungen der Regierung nicht besser Rechnung trüge. Das heißt doch einfach, daß nach Ansicht der Regierung die Willfährigkeit gegen sie der einzige Rechtstitel für das Dasein einer Volksvertretung ist. Aus der formellen Verfassungsbestimmung, daß es zu einer Aenderung der Gesetzgebung der Zustimmung der Regierung bez. der Regierungen bedarf, wird in schrankenloser Ausdehnung gefolgert, daß jede in Regierungskreisen herrschende Laune, Velleität, Voreingenommenheit, die Regierung auch vom sittlichen Standpunkte aus vollkommen berechtige, den Willen der Volksvertretung außer Acht zu lassen. Nicht nur bei einseitigen Anträgen der Volksvertretung, sondern auch in den zahlreichen Fällen, wo es sich um eine unerläßliche neue Gesetzgebung handelt, werden die in den Gesetzen der Logik nicht minder wie in den praktischen Erfahrungen anderer, stammesverwandter Völker höchst begründeten Beschlüsse der Volksvertretung einfach mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß die Regierung mit der oder jener gesetzlichen Bestimmung nicht regieren könne, das heißt also ins Einfache und Praktische übersetzt, daß die gerade im Augenblick mit der Regierung betrauten Individuen entweder ihre Vorurtheile aufzugeben nicht Willens sind oder sich wirklich nicht genug Begabung zutrauen, mit denselben Gesetzen, mit denen andere Regierungen ihre Aufgabe in vollkommenster Weise erfüllen, auszukommen. Die stillschweigende Voraussetzung dabei ist, daß es das oberste und höchste Interesse des Staates ist, daß die gerade in der Regierung befindlichen Personen unverrückt darin bleiben oder wenigstens nicht von einer parlamentarischen Aktion zurücktreten. Daß der Kanzler von Zeit zu Zeit seinen Rücktritt in Aussicht gestellt hat, bestätigt bloß die Wahrheit dieser Behauptung. Denn er hat dies erst gethan, seidem er bei der Zusammensetzung und der Stimmung dieser und der vorausgegangenen Volksvertretung — der deutschen sowohl wie der preußischen — unbedingt sicher sein konnte, daß sein Rücktritt nicht würde angenommen werden und seine Rücktrittsdrohungen sind daher nie in der Absicht ausgesprochen worden, gegebenen Falls wirklich zurückzutreten, sondern in der, die Volksvertretung zu einem

Schritte zu treiben, der ihren Ueberzeugungen widerspricht. Sie tragen daher weit mehr einen autokratischen als einen parlamentarischen Charakter. Weder hat er jemals seinen Rücktritt in Aussicht gestellt, zu der Zeit, da er wußte, daß sich kein Finger für sein Bleiben im Amte regen würde, noch denkt je eines derjenigen Regierungsmitglieder, deren Rücktritt mit Gleichgültigkeit oder Befriedigung und deren Rücktritts-„Drohung" mit großer Heiterkeit aufgenommen werden würde, selbst bei tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten und den kläglichsten Niederlagen in ihrer tief geschädigten Stellung an ein solches Auskunftsmittel. In ein vollkommenes System gefaßt ist jene schiefe und unsittliche Auffassung von der Stellung der Regierung gegenüber dem Volke in jenem „geflügelten" Worte des Reichskanzlers, daß die parlamentarische Regierung ein Compromiß zwischen Volksvertretung und Regierung sei. Der sittliche Werth des Systems kann nicht besser gekennzeichnet werden, als durch dieses Wort; denn nichts ist falscher. Wie ein jeder weiß, der überhaupt von solchen Dingen etwas weiß, besteht die parlamentarische Regierung zwar in einem Compromiß verschiedener Parteien, oder kann wenigstens darin bestehen, nimmermehr aber in einem Compromiß zwischen Volk oder Volksvertretung und Regierung. Der Begriff der parlamentarischen Regierung schließt einen solchen Compromiß einfach um deßwillen aus, weil sie, im schnurgraden Gegensatze zu der Theorie der Deutschpreußischen Regierung, in jedem Augenblick der genaue Ausdruck der jeweiligen Mehrheit der Volksvertretung ist, und also von einem Compromiß zwischen Regierung und Volksvertretung so wenig die Rede sein kann, wie von dem Compromiß eines Menschen mit sich selbst. Compromittieren thut man mit einer fremden, gegnerischen Persönlichkeit.

Es ist überhaupt vor allem die Autorität des Kanzlers, welche zu Gunsten des Scheinconstitutionalismus in die Wagschale geworfen wird. Wenn nun die „unabhängige" nationalliberale Presse bei dieser Lage der Sache auf keinem freisinnigen Grundsatze so fest steht, wie auf der Forderung, daß die nationalliberale Partei dem Kanzler auf alle Fälle folge, und wenn sie selber thatsächlich die schließliche Erge-

bung in den Willen des Kanzlers als ihren leitenden Gedanken hinstellt und demgemäß auch handelt, so bleibt unter den obwaltenden Umständen dafür keine andere Erklärungsart, als eine der drei oben angeführten.

Wenn die „unabhängige“ nationalliberale Presse dem systematischen Vorgehen der Regierung und ihrer unmittelbaren Organe nicht ebenso systematisch entgegentritt; wenn sie es ganz unterläßt, ja der Regierung in diesem Bestreben durch Reden oder Schweigen fortwährend zur Seite steht; wenn selbst die gröbsten der eben bezeichneten Mißstände sie nicht zu einem offenen und dauernd fortgesetzten Kampfe dagegen treiben können; wenn sie die Auslassungen der Provincialcorrespondenz und sogar die der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, und nicht bloß die eine Thatsache enthaltenden sondern auch die, die nur aus einem salbungsvollen oder ekelhaften Wortschwall bestehen, tagtäglich widergibt, fast stets ohne Commentar, nur in den seltensten Fällen von einer kurzen, überaus schwächlichen eigenen Bemerkung begleitet; wenn sie bei einer etwaigen Polemik gegen diese officiösen Blätter es stets deutlich zwischen den Zeilen lesen läßt, oft es ganz unzweideutig ausspricht, daß ihre Polemik überhaupt nur in der Voraussetzung geführt wird, daß die Regierung mit ihrer entgegenstehenden scheinbaren Absicht nicht Ernst macht; wenn sie auf diese Weise das Publicum daran gewöhnt, die Wiederholungen aus den officiösen Blättern als den wichtigsten Theil ihres eigenen Inhalts zu betrachten; wenn sie sich auf diese Weise zum Herold der bureaukratischen absolutistischen Gelüste macht; wenn sie wo möglich auf die früheren Verirrungen der Confliktszeit hochmüthig herabblickt und sich freut, wie praktisch sie jetzt geworden sei; wenn sie ein großes Wesen davon macht, wenn die Regierung einmal in einer volkswirthschaftlichen oder untergeordneten Frage mit der Volksvertretung übereinstimmt, die schroffen politischen Gegensätze in den Anschauungen beider aber zu vertuschen oder sie durch einfaches Verlassen des seitherigen Standpunktes ihrerseits zu überbrücken und zu tilgen sucht; wenn sie die Compromißtheorie, über welche Tages zuvor, ehe sie aus so gewichtigem Munde ausge-

sprochen wurde, jeder einzelne ihrer Mitarbeiter verächtlich gelächelt haben würde, zum Mittelpunkte ihres politischen Gesichtskreises macht, und sie von Tag zu Tag mit einer Gedankenlosigkeit und Eintönigkeit wiederholt, deren ein halbwegs anständiger Papagei sich schämen würde; wenn sie die schamlose officiöse Gewohnheit, ein Viertel bis ein Drittel der Mitglieder des deutschen Reichs als Reichsfeinde zu bezeichnen, nachahmt, ist das der Scharfsinn, der Muth und die Unabhängigkeit der nationalliberalen Presse?

Wenn die Regierung einen Geist in das Strafgesetzbuch einführen will, der der berüchtigtsten Gesetzgebung, die es jemals gegeben hat, der französischen Gesetzgebung vom September 1835, entlehnt ist, ein Versuch, der vor kaum zwei Jahren einen solchen Sturm von Hohn und Unwillen hervorrief, daß selbst die abgehärtesten Minister und Büreaukraten vor ihm erzitterten und sich über Hals und Kopf beeilten, ihre Nichtautorschaft an den betreffenden ungeheuerlichen Paragraphen zu betheuern, und die „unabhängige" Presse nicht anderes zu thun weiß, als ihre Hoffnung auf den Bundesrath zu setzen und ihre Leser von Tag zu Tage mit Vermuthungen und Gegenvermuthungen darüber zu unterhalten, was der betreffende Ausschuß oder das Plenum des Bundesraths darüber beschlossen habe — gleich als ob es einen Reichstag gar nicht gäbe — die officiösen Auslassungen sorgfältig zu registrieren und mit zitternder Hand und stockender Stimme die Chancen der Vermeidung eines Conflikts abzuwägen, anstatt das kurze Wort „Vor die Füße werfen" auf jeder Seite vom Tage der ersten Nachricht bis zum Tage der Verwerfung hinauszurufen — ist das etwa Scharfsinn, Muth und wirkliche Unabhängigkeit?

Wenn, nachdem der Reichstag die einfach frivol-reactionairen Paragraphen kurzer Hand beseitigt, die andern aber auf Vermehrung der öffentlichen Sicherheit und sonstige sachliche Zwecke gerichteten theils angenommen, theils an die Commission verwiesen hat, und die officiöse Presse mit der Verlogenheit, die ihr allein eigen ist, nun die Sache so darstellt, als ob auch die letzteren Paragraphen verworfen wären, als ob der Reichstag mit der

öffentlichen Sicherheit und Ordnung spiele und die „Berufung an das Volk“ in Anknüpfung an die im Reichstage seitens des Reichskanzlers geäußerten Hoffnungen in Aussicht stellt; wenn dann die „unabhängige“ Presse mit gewohntem Bedienteneifer diese Auslassungen abdruckt, ohne die Gelegenheit wahrzunehmen, einmal die ganze officiöse Verlogenheit systematisch aufzudecken, bis ins Einzelne nachzuweisen, so an den Pranger zu stellen, daß die officiöse Presse trotz aller Schamlosigkeit peinlich davon berührt würde, und den liberalen Standpunkt gründsätzlich zu wahren, wenn sie auf das Vollständigste darauf verzichtet, ein sichtbares Zeichen dafür zu fordern, daß die schmähliche Niederlage des ungeheuerlichen Versuchs in den regierenden Kreisen Eindruck gemacht hat, und daß man sich dort bemüht, den klaffenden Spalt zwischen Regierung und Volksvertretung in einer der wichtigsten grundsätzlichen Fragen zum mindesten zu übertünchen, wenn sie die Zweckmäßigkeit des Rücktrittes des einen oder andern Ministers, der eine einstimmig abgelehnte Vorlage von der Bedeutung der in Rede stehenden gebilligt und leidenschaftlich vertreten hat, auch nicht mit einem Worte erwähnt, wenn sie auf die Herausforderung des Reichskanzlers, daß er diese Vorlage von Jahr zu Jahr wieder einbringen wolle, auch nicht Ein Wort der Erwiderung findet — ist das Scharfsinn, Muth oder Unabhängigkeit?

Wenn, nachdem der Reichstag die einfach frivol-reactionairen Paragraphen kurzer Hand beseitigt hat, die nationalliberale „unabhängige“ Presse ein lautes Triumphgeschrei ausstößt, nicht darüber, daß der Reichstag das Recht des Landes gewahrt und einen schweren Angriff auf den liberalen Geist abgewehrt hat, sondern darüber, daß kein Conflikt mit der Regierung entstanden ist, gleichsam, als wäre die Regierung sittlich berechtigt, sofort einen Conflikt zu erheben, wo ihr der Reichstag einmal nicht gleich zu Willen ist, und als wäre der Conflikt ein größeres Uebel gewesen, denn die Annahme dieser Paragraphen; wenn sie ein Triumphgeschrei darüber ausstößt, daß ein Minister einmal ein vereinzeltes correktes Wort über das Verhältniß zwischen Volksvertretung und Regierung ausgesprochen hat; wenn sie keinen Akt davon nimmt, daß eben

dieſes Miniſters Stellung unmittelbar darauf eine Zeit lang thatſächlich ſtark erſchüttert war, oder wenn ſie ſolche Erſchütterung den Anſtrengungen der Börſe zuſchreibt, die unter ihm nicht genug verdient zu haben glaube (unter welchem — nicht durch welchen — Finanzminiſter hat denn die Börſe mehr verdient, als unter dem jetzigen!); wenn ſie den Glauben heuchelt, daß die bald darauf folgenden gehäſſigen und maßloſen Angriffe eines anerkannt officiöſen Blattes gegen dieſen Miniſter ein Privatvergnügen des betreffenden Redacteurs ſeien; wenn ſie ferner den Glauben heuchelt, daß zwiſchen dem Reichskanzleramte und der bisherigen officiöſen Preſſe keine Verbindungen mehr beſtünden, ohne ſich über die Frage, wozu denn der Reptilienfonds verwendet würde, ſich den Kopf zu zerbrechen — iſt das Scharfſinn, Muth oder Unabhängigkeit?

Wenn der Reichskanzler niemals das leiſeſte Hehl daraus macht, daß er ein unverſöhnlicher Gegner der eigentlichen und tiefliegenden liberalen Forderungen iſt und ſich höchſtens zu „Compromiſſen" über ſolche Punkte herbeizulaſſen geneigt zeigt, die allenfalls auch der aufgeklärte Despotismus würde haben bewilligen können, wenn er einige darüber hinausgehende geringfügige „Zugeſtändniſſe" womöglich noch als ſeitens der Regierung gebrachte Opfer bezeichnet und ſie hinterher als Erſchwerungen der Regierung denunciert, wenn er es im Herrenhauſe vom Regierungstiſche aus in feierlichſter Weiſe ausſpricht, daß er ſich auf die Zeit freue, wo er mit einer conſervativen Mehrheit wieder würde zu regieren haben, wenn die officiöſe Preſſe als Erwiderung auf die Selbſtüberwindung, mit der die liberale Partei die Provinzialordnung annahm, die brutale Hoffnung in die Welt hineinſchreit, daß bei den nächſten Wahlen die liberale Mehrheit von einer conſervativen werde weggefegt werden, wenn unter ſehr auffallenden und niemals zur Genüge aufgeklärten Umſtänden eine große Anzahl vom Reichskanzler gänzlich abhängiger Perſonen für einen ultraconſervativen Candidaten gegen einen nationalliberalen ſtimmen und eine Zeitung, die darauf zuerſt aufmerkſam machte, von dem Staatsanzeiger, — nicht etwa von der Provinzialcorreſpondenz oder

der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — mit den plumpsten Schmähungen überschüttet wird — und wenn dann die „unabhängige Presse" diese Thatsachen entweder gänzlich ignoriert und Angesichts derselben von einem „Keil" spricht, den „dunkle Mächte" zwischen den Reichskanzler und die nationalliberale Partei treiben wollten; oder wenn sie sich jedenfalls dadurch in ihrer selbstlosen Hingabe an den Reichskanzler nicht beirren läßt und fortfährt, ihn als den einzigen Hort und Retter der liberalen Sache zu preisen und als den unfehlbaren Staatsmann nicht nur in der äußeren Politik (trotz der Februarnote an Belgien, des Kriegsgetümmels gegen Frankreich, des ruhig eingesteckten Machtwortes des russischen Kaisers und des Schmerlingsartikels der Provinzialcorrespondenz), sondern auch in der innern, obwol ein jeder Mitarbeiter in der „unabhängigen" Presse es weiß, daß, wenn die Verfassung und Gesetzgebung des deutschen Reichs dem Kanzler allein anvertraut gewesen wäre, ein Zustand entstanden wäre, auf den die gebildete und vielleicht auch die ungebildete Welt mit Fingern gewiesen hätte, und obwol es einem solchen Unfehlbaren schlecht anstehen würde, sich von „dunklen Mächten" leiten zu lassen; wenn die „unabhängige" Presse trotz alledem es in jeder Zeile stillschweigend, aber oft genug ausdrücklich ausspricht, daß sie lieber nicht nur eine Bestimmung, wie den in dem Gesetzbuche keines europäischen Volkes sich befindenden Arnimparagraphen, ohne welchen überdies auch die Mark Brandenburg, das Kurfürstenthum Brandenburg, das Königreich Preußen und das neue deutsche Reich zusammen etwa 700 Jahre lang ausgekommen sind, sondern geradezu eine jede Aenderung der Gesetzgebung befürworten wolle, als dem Rücktritte des Kanzlers ins Gesicht sehen — ist das Scharfsinn, Muth oder Unabhängigkeit?

Wenn der Kanzler im Privatgespräch oder in öffentlichen Reden sich dahin äußert, daß eine wahrhaft reformierende Steuergesetzgebung selbstverständlicher Weise nicht nur im Auflegen neuer Steuern, sondern in gleichzeitiger Aufhebung oder Verminderung anderer bestehen müsse, daß eine Verschärfung der Strafgesetze zum Schutze der Beamten als nothwendiges Gegenstück auch die schärfere

Sicherung des Publicums gegen Amtsmißbrauch der Beamten erfordere, daß er Reichsministerien wünsche, wenn ihm nur die Stellung des englischen Premiers denselben gegenüber angewiesen werde, daß die Presse gut thäte, sich mehr um innere, als um auswärtige Politik und um lächerlichen Conjekturalklatsch zu bekümmern, wenn er aber gleichzeitig Gesetzesvorschläge einbringt, welche einfach eine Steuervermehrung enthalten, wenn er unter Androhung einer Kanzlerkrisis den vermehrten Schutz der Executivbeamten fordert, ohne daß in der Vorlage entfernt von einem besseren Schutze des Publicums die Rede ist, wenn er jeden Antrag auf Einführung von Reichsministerien schroff bekämpft, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, welches denselben gegenüber seine Stellung sein würde, wenn er fortwährend sein Bestreben darauf richtet, eine freie Besprechung der innern Angelegenheiten durch die Gesetzgebung möglichst unmöglich zu machen und die bestehende Gesetzgebung, soviel an ihm liegt, nach Kräften in dieser Richtung ausbeutet, und wenn dann die „unabhängige" Presse seine Aeußerungen verbreitet und als staatsmännisch preist, ohne den Gegensatz derselben zur Wirklichkeit zu beleuchten, ja ohne in den meisten Fällen desselben auch nur andeutungsweise zu gedenken, wenn sie sich noch gar so anstellt, als glaube sie, daß eine weniger empfindliche Praxis der Behörde der Presse gegenüber, die eine wirksame Besprechung hervorgetretener Uebelstände ermöglichen würde, auf Anregung durch den Reichskanzler eintreten könnte, — ist das Scharfsinn, Muth oder Unabhängigkeit?

Wenn der Reichskanzler Scenen im Reichstage aufführt, wie die im Juni 1873, wo er, der weiter im Reichstage kein Recht hat, als mit seinen Meinungen „gehört zu werden", sich eine tadelnde Kritik der Form der Aeußerungen von Reichstagsmitgliedern herausnahm, wo er es sich „verbat", daß im Reichstage die Rechte des Volkes betont würden, wo er, die Theorie von dem Gegensatz zwischen Volk und Regierung, der durch „Compromisse" ausgeglichen werden soll, plötzlich und für einen Augenblick verlassend, die Regierung für die gleichberechtigte Vertreterin der Rechte des Volkes erklärte, oder wie die im Dezember 1874, wo er der De-

hatte über den Majunke'schen Haftfall ruhig und ohne ein Wort zu sagen, zuhörte und nach gefaßtem Beschlusse plötzlich erklärte, aus der Rücknahme des Beschlusses eine Cabinetsfrage zu machen und den Reichstag, der ihn für die Leitung der Geschäfte nicht entbehren zu können glaubte, so zu einem Schritte zwang, den keine Versammlung ohne Schädigung ihres Ansehens vornehmen kann, und die „unabhängige" Presse schweigt dazu oder ermahnt gar wol noch den Reichstag, solche Scenen zu vermeiden; wenn der Kanzler fortwährend über die Schwierigkeit seiner Stellung und seinen Mangel an Einfluß klagt, obwol kein leitender Minister eines andern Landes so fortwährend mit der Drohung seines Rücktritts bei der Hand ist und damit gehört wird, obwol kein anderer leitender Minister sich so auf die Gelegenheitsgesetzgebung verlegt, obwol kein anderer leitender Minister wegen jeder Beleidigung, die in irgend einem Winkelblättchen zu lesen ist oder die ein armseliger Ackerknecht im trunkenen und halb unzurechnungsfähigen Zustande ausspricht, Polizei und Staatsanwaltschaft und Gericht in allen Instanzen in Bewegung setzt, und die „unabhängige" nationalliberale Presse, weit entfernt, wie es ihre Pflicht wäre, diese Erscheinung zu erörtern und ihren innersten Quellen nachzuspüren, zu alledem nur einzig und allein das stumme Nicken der Pagode im Narciß hat — ist das Scharfsinn Muth oder Unabhängigkeit?

Wenn die „unabhängige" nationalliberale Presse nicht nur auf die Vertheidigung des wahren verfassungsmäßigen und parlamentarischen Geistes verzichtet, sondern jede einzelne Aenderung der Gesetzgebung, mag sie sie selber früher noch so sehr als unerläßlich bezeichnet haben, mit der größten Ergebung als bis auf unbestimmte Zeit zurückgestellt betrachtet und behandelt, sobald sie die Ueberzeugung erlangt hat, daß der Reichskanzler ihr entschiedener Gegner ist, wenn sie über die Behandlung politischer Gefangener kein Wort mehr verliert; wenn sie die Einsetzung von Reichsministerien schon längst nicht mehr fordert, wenn sie über die Weigerung der Regierung, genaue Erklärungen über den Baarbestand der Reichsfinanzen zu geben, hartnäckig schweigt; wenn

sie sich längst gewöhnt hat, den Reptilienfonds und seine verantwortungslose Verwaltung als ein Wahrzeichen des deutschen Reichs zu betrachten; wenn Fälle, wie auf anonyme Denunciation hin, Untersuchungen eingeleitet werden, ihr ganz jenseits ihres Gebietes zu liegen scheinen; wenn sie von einer grundsätzlichen Beleuchtung einer Finanzpolitik, welche neue Steuern fordert, ohne daß, wie sich nachträglich herausstellt, dieselbe zur Herstellung des Gleichgewichts im Staats- oder Reichshaushalte irgend wie erforderlich waren, völlig Abstand nimmt; wenn sie den gegen die Regierung gefaßten Beschluß der Reichsjustizcommission, die Preßvergehen den Geschworenen zu überweisen, einfach registriert, ohne mit aller Macht oder ohne überhaupt für denselben einzutreten; wenn die Rolle, die die Hannover-Altenbeker Aktien im Reichsinvaliden- und in den Provinzialfonds spielen, für sie gar nicht zu existieren scheint; wenn sie sich wo möglich noch gegen diejenigen wendet, die ihrer Ansicht treu geblieben sind; wenn sie es vollkommen vergessen zu haben scheint, daß es die Pflicht und die Aufgabe der Presse ist, sich nicht durch Widerstand abschrecken zu lassen, sondern um so lauter, um so hartnäckiger, um so eindringlicher zu fordern, je stärker der Widerstand ist; wenn ihr jede Erinnerung davon abhanden gekommen zu sein scheint, daß auf diesem Wege und gegenüber den schwierigsten Verhältnissen die glänzendsten und rühmlichsten Siege der öffentlichen Meinung erfochten worden sind; wenn sie sich auf den Standpunkt stellt, nur noch solche Dinge zu fordern, von denen sie weiß, daß sie die Regierung freiwillig, wenn auch nach einigem Sträuben, gewährt, jeden anderen Kampf aber, der ein wirklicher Kampf ist, als unzeitgemäß und unpraktisch ablehnt, — ist das Scharfsinn, Muth oder Unabhängigkeit?

Wenn die „unabhängige" nationalliberale Presse nicht nur selbst in jedem Augenblick bereit ist, sich vor dem Reichskanzler, mit oder ohne Grund und Zweck, bis in den tiefsten Staub zu demüthigen, sondern es auch für selbstverständlich zu halten scheint, daß ihr die ganze freisinnige Partei, die Todten wie die Lebendigen, zu diesem Behufe zur Verfügung stehen; wenn ein großes nationalliberales Blatt am Grabe des Freiherrn von Vincke, eines der edelsten

Mitglieder, einer der glänzendsten Sterne, die die liberalen Parteien jemals besessen haben, sich nicht schämte, zu versichern, daß es bereits zur Zeit des vereinigten Landtags den jetzigen Reichskanzler als den bedeutenderen Staatsmann und Redner erkannt habe; wenn dasselbe Blatt dem langjährigen, fleckenlosen und hochbegabten Führer seiner eigenen Partei, der eine parlamentarische Geschichte hinter sich hat, wie wenige Parteiführer in irgend einem Parlamente, weil es zu wissen glaubt oder weiß, daß der Reichskanzler ihm persönlich abhold ist oder abhold geworden ist, den Gedanken nahe legt, unter dem Vorwande der Reconvalescenz von der parlamentarischen Bühne abzutreten, — ist das der Scharfsinn, der Muth und die Unabhängigkeit, mit denen die nationalliberale Presse in den Kampf um die höchsten politischen Ziele einzutreten Willens und im Stande ist?

Die „unabhängige" nationalliberale Presse ist nicht die Presse der nationalliberalen Partei, sie ist überhaupt nicht die Presse einer Partei, sie ist weder conservativ noch liberal, weder gemäßigt noch radical; sie ist einfach die Presse der Regierung, insonderheit des Reichskanzlers. Radical auf vielen Punkten des socialen Gebietes und wo es ihr sonst erlaubt ist, fügt sie sich ohne weiteres der Aufrechterhaltung oder Wiedereinführung der Maschinerie des reactionairen Polizeistaates, wo ihr Percy befiehlt. Ihre beiden einzigen durchschlagenden Charakterzüge sind die Charakterlosigkeit und die persönliche willen- und überzeugungslose Hingabe an den Reichskanzler. Wo die letztere mit ihren Forderungen an sie herantritt, kennt sie keine Rücksicht mehr auf persönlichen, wie auf parteilichen, weder auf litterarischen noch auf politischen guten Geschmack. Bis auf die unbedeutendsten Kleinigkeiten, bis in die entlegensten Spalten hinein ist sie täglich und stündlich bereit, das sacrificio auszudehnen. Die abgeschmacktesten und sinnlosesten, dabei urältesten Anekdoten werden, mit dem Namen Bismarck verbrämt, dem Leser bis auf die Hefe vorgetragen. Eine Soiree beim Reichskanzler ist für die „unabhängige" Presse ein politisches Ereigniß ersten Ranges. Es gibt eine große Zeitung, die außer den telegraphischen Nachrichten über derartige historische Momente regelmäßig noch zwei

bis drei Correspondenzen und einen Redactionsartikel bringt. Ein auf einer solchen Soiree flüchtig hingeworfenes Wort des Reichskanzlers einem nationalliberalen Abgeordneten gegenüber ist für die nationalliberale Presse ein mehr als genügender Beweis, daß alle Gerüchte von einer feindlichen Stellung des Kanzlers zur nationalliberalen Partei, mögen sie durch noch so viele, so gewichtige, so schlußfähige Thatsachen unterstützt sein, eitel Dunst sind. Zwischenfälle von solcher Geringfügigkeit, daß sie anständigerweise kaum die mündliche Wiedergabe vertragen, werden mit der ernsthaftesten Miene ausführlich berichtet. „Es hat dem Reichskanzler zum größten Vergnügen gereicht, daß die anwesenden Juristen darüber verschiedener Ansicht waren, welche Paragraphen des Strafgesetzbuchs auf den Amerikaner Thomas anwendbar gewesen sein würden." So schreiben die Charaktere unter den deutschen Journalisten, und nicht etwa unter den vermischten Nachrichten. Selbst daß der Reichskanzler seine Geringschätzung über diese Art, Journalistik zu treiben, ausspricht, macht die Charaktere nicht irre. Die Charaktere fühlen sich geehrt, vom Reichskanzler mit irgend einem Gefühl bedacht zu werden, zur Noth auch mit dem der Verachtung.

In ihrer ganzen trübseligen Glorie aber zeigte sich die nationalliberale Presse während des Processes Arnim. Der Umstand, daß der Proceß wie ein persönlicher Zweikampf zwischen dem Kanzler und dem Botschafter aussah, reichte für sie hin, Grundsätze, die bisher im öffentlichen Leben noch jeder Partei für heilig gegolten hatten, ohne Weiteres über den Haufen zu werfen. Noch während schwebender Voruntersuchung verfolgte die nationalliberale „unabhängige" Presse Arm in Arm mit der erklärten officiösen den eingekerkerten Mann mit böswilligen Insinuationen, mit Verleumdungen aus seinem früheren Leben, mit äußerster Schwarzmalung der ihm zur Last gelegten Handlungen, mit Vorwegnahme eines verurtheilenden und strengen Spruchs. Als der Spruch des Gerichts erster Instanz nicht so ausfiel, wie die „unabhängige" Presse denselben wünschte, tadelte — ein bisher unerhörtes Vorgehen — ein großes „unabhängiges" Blatt denselben in einem besonderen Artikel von seiner juristischen Seite. Noch vor kaum wenigen

Wochen schrieb dasselbe Blatt ganz munter einen langen Leitartikel zu Gunsten des Arnimparagraphen, als eine unumgängliche und selbstverständliche Forderung eines civilisirten Staates und der liberalen Partei; beklagte wiederum, daß Graf Arnim so glimpflich weggekommen, anstatt wegen Hochverraths bestraft zu werden, beschuldigte den Grafen, sich „eines Attentats auf den ganzen Geist der parlamentarischen Verfassung (sic!) schuldig gemacht und eine Art Hochverraths-Versuch an der politischen Freiheit (sic!) seines Vaterlandes begangen zu haben", und plaidirte zum Schluß dafür, solche Fälle der Zuständigkeit des „Kreisrichters" zu entziehen und sie dem Staatsgerichtshofe zu überweisen. Bisher hatte man freilich geglaubt, daß die Unzuständigkeit des Kreisrichters in politischen Processen ein Lieblingsthema der äußersten reactionairen Partei und die Aufhebung des Staatsgerichtshofs als eines Ausnahmsgerichts eine ständige Forderung der liberalen sei. Es ist in diesen letzten Fällen lediglich ein Akt des Wohlwollens, wenn man annimmt, daß der Thäter nur Werkzeug und nicht geistiger Urheber war. Denn es ist zwar nicht vom Gesichtspunkte der Charakterstärke, aber doch von dem der allgemeinen Moral aus, immer noch besser, sich derartige Dinge vorsagen zu lassen und sie nachzusprechen, als sie im eigenen Gehirn zu erdenken.

Das unwürdige Verhalten beinahe der gesammten nationalliberalen Presse findet seine Erklärung zum ersten Theile in den persönlichen Verhältnissen des deutschen Journalistenstandes. Der deutsche Journalistenstand birgt zunächst in seinem Schooße eine Fülle dunkler Gestalten, denen von vornherein jeder, aber auch thatsächlich jeder Grad von Takt-, Geschmack-, Urtheils- und Charakterlosigkeit zuzutrauen ist. Dies ist eine jener Thatsachen, die nur behauptet, nicht bewiesen zu werden brauchen. Wo diese Elemente mit den officiösen Quellen in Berührung kommen, sinken sie — gleichgültig für welche politische Richtung sie zufällig früher geschrieben haben — sofort auf das geistige und sittliche Niveau der allergemeinsten Reptilien hinab, oder vielmehr sie entpuppen sich als das, was sie von jeher waren und was bisher nur durch die Gunst der Umstände verschleiert war. Aber

auch der beſſere und im gewöhnlichen bürgerlichen Sinne reſpectable Theil des deutſchen Journaliſtenſtandes erfüllt noch keineswegs alle die Forderungen, die an jemand gemacht werden müſſen, dem eine hohe politiſche Aufgabe obliegt. Trotz aller in dieſer Hinſicht in der letzten Zeit gemachten Fortſchritte nimmt auch der beſſere Theil des deutſchen Journaliſtenſtandes in politiſcher wie in geſellſchaftlicher Beziehung noch nicht eine völlig ebenbürtige Stellung ein. Sein Verkehr mit der wirklichen Geſellſchaft und mit den maßgebenden politiſchen Kreiſen iſt — wovon verſchiedene Verhältniſſe der Grund ſind — ſpärlich und bewegt ſich nicht auf vollkommen gleichem Fuße. Es kommt dazu, daß die meiſten deutſchen Zeitungsunternehmungen entweder pecuniär nicht in der Lage ſind, ſich von der Tagesmeinung in der verwegenſten Bedeutung des Worts frei zu machen und ſich mit einigen Opfern in der Gegenwart eine große Zukunft zu ſichern, oder daß ſie, wenn ſie es ſind, ſich noch nicht an den Gedanken gewöhnt haben, es zu thun. Aus dieſen und andern Gründen, welche einzeln aufzuzählen und näher zu erörtern theils überflüſſig iſt, theils ohne zwingende Noth gehäſſig ſein würde, iſt es der Fall, daß es dem deutſchen Journaliſtenſtande in bedenklichem Maße an dem höheren Gentlemanthum mangelt — an dem höheren Gentlemanthum, welches nur wenigen Menſchen ſchon in der Wiege mitgegeben iſt, von der Mehrzahl derjenigen, die überhaupt in ſeinen Beſitz gelangen, aber nur dadurch erworben wird, daß ſie ſeit möglichſt früher Zeit gewöhnt ſind, ſich allen ihren Umgebungen, mit denen ſie in Berührung kommen, als ebenbürtig zu betrachten; welches nicht von jedem, auch nicht von jedem bürgerlich reſpectablen Menſchen verlangt werden kann, deſſen Mangel aber in einem Manne, der ſich mit politiſchen Dingen zu beſchäftigen hat, eine peinliche Lücke bildet; deſſen Summe darin beſteht, einer noch ſo gewaltigen Autorität gegenüber Maß in der Hingebung an die Perſon halten zu können und einer Perſon gegenüber nicht zu jedem Opfer der Sache, der Ueberzeugung, der Logik und des guten Geſchmacks bereit zu ſein. Dieſe Verhältniſſe des deutſchen Journaliſtenſtandes haben es ihm unmöglich gemacht, eine Auf-

gabe von der Art zu lösen, wie sie der nationalliberalen Presse seit dem Inslebentreten der nationalliberalen Partei obliegt. Die Aufgabe der nationalliberalen Presse war, einmal die Regierung mit aller Kraft zu unterstützen, wo es sich um die Sicherung des deutsch-nationalen Gedankens und die Vertheidigung des Begriffs des modernen weltlichen Staates gegen Angriffe von außen oder innen handelte; zweitens den streng verfassungsmäßigen Zustand, und zwar nicht bloß im Großen und Ganzen, sondern bis in die kleinsten, persönlichen wie sachlichen, Einzelheiten hinein eifersüchtig zu wahren und eifrig zu erstreben und ebenso alle die großen Staats- und Rechtsgrundsätze, die das Eigenthum der freisinnigen Parteien sind, und denen allein sie es verdankt, daß sie aus kleinen Anfängen unter ungünstigen Verhältnissen das geworden ist, was sie ist; drittens unerschütterlich und unbestechlich darauf zu bestehen, daß der Kampf für den deutsch-nationalen Gedanken und den modernen weltlichen Staat gleichbedeutend ist mit dem Kampfe für die freisinnige Entwicklung des Verfassungs- und Rechtsstaates, daß es ein Unsinn und eine Lüge ist, zu sagen, daß zuerst die Einheit erworben werden müsse und dann die Freiheit; daß vielmehr eine Regierung, die ihre Zuflucht ja mehr und mehr zu den Polizeimaßregeln des absoluten Beamtenstaats nimmt, in demselben Grade unfähig wird, die deutsche Einheit zu verwirklichen und den modernen Staat gegen mittelalterliche Angriffe zu vertheidigen; viertens von vornherein der Regierung, falls sie diese Wahrheiten nicht begriffe, ihre Unterstützung zu kündigen, darauf zu vertrauen, daß das deutsche Volk auch aus eigener Kraft den Weg, der zur Einheit führt und zugleich zur Freiheit, finden werde, und mit ihrer ganzen Kraft dem Volke bei dieser Aufgabe zur Seite zu stehen. — Es ist anders gekommen. Die nationalliberale Presse, deren Charakterstärke wohl ausreichte, mannhaft gegen die Regierung aufzutreten, so lange es noch keine Brücke über die Kluft hinüber gab, hat sich, als eine Brücke geschlagen war, der Versuchung, um jeden Preis hinüber zu eilen, nicht gewachsen gezeigt. Jene echte und wahre Charakterstärke, die den Menschen nicht unbeweglich an einen Punkte fesselt, ihn aber

befähigt, genau an dem richtigen Punkte Halt zu machen, oder umzukehren, besitzt die nationalliberale Presse, wie nun durch eine lange Reihe trauriger Erfahrungen feststeht, nicht. Ihre Widerstandsfähigkeit, gegenüber einigen gelegentlichen Ausbrüchen von Vertraulichkeit, Herablassung, Schmeichelei Höhergestellter, selbst wenn dieselben gegen die Fälle einer weniger erfreulichen Behandlung sehr in der Minderzahl bleiben, ist dahin geschmolzen, wie der Schnee vor der Sonne im Lenze. Die untergeordnete Stellung, die der deutsche Journalistenstand bis vor Kurzem eingenommen hat, und als solcher, im Grunde immer noch einnimmt, läßt ihn seine jetzige Stellung gegenüber der Regierung und den maßgebenden Kreisen, armselig wie sie ist, doch immer noch so glänzend und die einzelnen Gegenleistungen der Regierung, von mehr als zweifelhaftem Werthe wie sie sind, doch immer noch so kostbar erscheinen, daß er über den Preis, den sie gekostet, nicht weiter nachdenkt. Denn eine andere Wirkung der dem betreffenden Theile des deutschen Journalismus mangelnden Fähigkeit, seine Aufgabe von einem höheren sittlichen Standpunkte zu erfassen, zeigt sich in seinem Hange zur Sensation und in dem Spielraum, welcher der Persönlichkeit einzelner an der Presse betheiligter, meist ganz untergeordneter Individuen eingeräumt wird. Das an sich ja selbstverständliche Streben nach guter Information, welches für eine anständige politische Presse ein wirksames Mittel ist, sich einen guten Ruf und einen großen Leserkreis zu verschaffen und auf diese Art seine politischen Ansichten um so weiter und wirksamer zu verbreiten, wurde unter diesen Umständen aus dem Mittel zum Selbstzweck, welcher Opfer forderte, zu einem Haschen nach Klatsch, zum Aufschnappen einiger Vorzimmerworte, die wahrscheinlich sehr oft in der Absicht gesprochen waren, gehört und zur Irreleitung der öffentlichen Meinung verarbeitet zu werden, zu einem Anbieten zur Zwischenträgerei — und dann wurde in der haarspaltendsten und haarsträubendsten Weise über die kleinlichsten Dinge traktiert, commentiert, polemisiert, dementiert — in einer Weise, die dem weitern Publicum ganz unverständlich blieb und den politisch Denkfähigen nur in tiefster Seele anwidern konnte. Oft machte die ganze Presse den Eindruck,

als ob sie einzig und allein dazu da sei, den Klopffechtereien und Spitzfindigkeiten des großen Journalistentrosses von der ersten bis zur fünfundzwanzigsten, oder Gott weiß der wievielten Rangstufe hinab zum Tummelplatze zu dienen. Die großen Zwecke und Aufgaben der Presse, der nie ruhende Kampf für die Erreichung des gesteckten politischen Zieles spielten dem Haschen nach Klatsch gegenüber nur die zweite Rolle. Selbst große und bedeutende Blätter, Blätter, die es gerne hören, wenn man sie Weltblätter nennt, erachteten es für ihr höchstes Glück, rechneten es sich zur größten Ehre an und waren wie toll vor Freude, wenn sie einmal gewürdigt wurden, als Mundstück der übeln Laune eines Ministers gegen einen andern oder sonst einem persönlichen Zwecke desselben zu dienen. Es war ein Zeichen, daß man „Verbindungen" und „Informationen" hatte; ob irgend eine praktische Folge damit verbunden war, ob diese Folge für Land und Partei gut war, ob die Sache an sich, allgemein oder politisch, anständig war, kam nicht in Betracht. Und nun gar in der auswärtigen Politik! Die auswärtige Politik ist ein Gebiet, das die Presse nur mit großer Vorsicht und nur in ganz bestimmten Grenzen und unter bestimmten Voraussetzungen betreten sollte, aus dem einfachen und guten Grunde, weil sie trotz aller „Information" weder von dem Detail der laufenden Verhandlungen etwas weiß, noch auf dasselbe auch nur den leisesten Einfluß üben kann. Aus all dem Wust und Contrewust, der die Presse über auswärtige Politik zu fällen pflegt, lernt das Publicum im günstigsten Falle nichts; für die Diplomatie ist er überhaupt so gut wie nicht geschrieben. Was die Presse in der auswärtigen Politik zu thun hat, beschränkt sich auf einige wenige Punkte. Sie muß die Leser in Bezug auf die Thatsachen auf dem Laufenden erhalten und ihr Urtheil darüber abgeben; sie kann von besonders berufener Hand diplomatisch-geschichtliche Beiträge bringen; sie soll, wo sich die Gelegenheit bietet, den heimischen Zuständen den Spiegel der besseren fremden vorhalten und sie hätte unter diesem Titel z. B. das Rundschreiben des französischen Justizministers an die Staatsanwalte mittheilen sollen, worin er diesen empfiehlt, bei eingehenden Anträgen auf

Verfolgung wegen Beleidigungen von Beamten oder Behörden den Antragstellern anzudeuten, daß es weder der Würde der beleidigten Beamten noch der der erkennenden Gerichte entspricht, um eines jeden Quarks willen den richterlichen Apparat in Thätigkeit zu setzen; und endlich hat sie, und das ist auf diesem Gebiete ihre edelste Aufgabe, in kritischen Augenblicken die wahre Stimme des Volks oder ihrer Partei zum Ausdruck zu bringen, sei es, um eine kriegslustige und unruhige Regierung ernst zu warnen, mit Dingen wie Krieg und Kriegsgerüchten kein frivoles, eitles Spiel zu treiben, sei es, um sie zu versichern, daß sie auf das Volk zählen kann, und einem übermüthigen Feinde zu wissen zu thun, daß ihn einmüthige und entschlossene Abwehr erwartet. Was darüber ist, das ist vom Uebel. Zwei Journalisten im geheimnißvollen Gespräch über laufende diplomatische Verhandlungen, über den einen Botschafter die Achseln zuckend, den andern einen leidlich vernünftigen Mann nennend, sich an der Unfähigkeit eines auswärtigen Ministers weidend, es beklagend, daß irgend eine fremde Regierung den eigentlichen Kernpunkt irgend einer Frage nicht erkannt habe, sind das Ideal der Lächerlichkeit, und wenn an die Stelle des mündlichen Zwiegesprächs der gedruckte Monolog tritt oder wenn sie sich über eine Frage in die Haare gerathen, wie z. B. die, ob die Pforte schon vor der Ueberreichung der Reformnote Kenntniß von deren Inhalt gehabt habe, und wenn sie Wochen lang hinterher noch die Richtigkeit ihrer bezüglichen Ansichten beweisen, so büßen sie an dieser Wirkung nicht das Geringste ein. Eine große unabhängige Presse aber, die Ausfuhrhandel mit ihren freisinnigen Grundsätzen treibt, welche sie in Bezug auf die innere Politik nicht mehr zu vertheidigen, kaum noch auszusprechen wagt; eine Presse, welche ihren ganzen liberalen Heldenmuth an einem auswärtigen Minister ausläßt, welcher, er sei so clerical und reactionair wie er will, jedenfalls für Deutschland sehr gleichgültig ist; eine Presse, welche des Hohns über die jesuitischen Bande, in denen jener Minister liegt, nicht genug aussprudeln kann, obgleich gewisse heimische Zustände, zu denen sie beharrlich schweigt, eine sehr genaue Parallele mit seinen Handlungen zulassen und obgleich jener Minister mancher heimischen

Sitte, welche vergebens einer gründlichen Geißelung harrt, nicht huldigt, z. B. augenscheinlich, wie aus den täglichen Mittheilungen über den Ton der betreffenden auswärtigen Oppositionsblätter hervorgeht, keine Formulare zur Verfolgung von „Buffetbeleidigungen" hat; eine solche Presse ist einfach jammervoll.

Bei so bewandten Verhältnissen ist es nicht mehr schwer zu erklären, wie auch derjenige Theil der nationalliberalen Presse, bei dem der Gedanke ausgeschlossen ist, daß er durch baares Geld gewonnen sein könnte, seinen Handel mit der Regierung machte. Nachdem diese Blätter in ihrem Freudentaumel über ihre Verwandlung in Regierungsblätter in ihrem sittlich-politischen Halte stark erschüttert waren, machte es ihnen keine Schwierigkeit mehr, Mittheilungen, welche sie in den Stand setzten, ihre Spalten mit solchen Ungereimtheiten, wie die Eingangs erwähnten, auszufüllen, für einen wirklichen Gegenwerth für die halbe oder ganze Aufgabe ihrer Grundsätze zu halten. Zugleich halfen ihr derartige „Informationen" über das Gefühl dunkler Scham, das sich doch hie und da noch regen mochte, hinweg, und sie hoffte, auf diesem Wege den Mangel an eingehenden Untersuchungen und Belehrungen über den wirklichen und letzten Grund aller der zahlreichen betrübenden Erscheinungen im deutschen Reiche, ihre Fahnenflucht und ihre gegenwärtige sclavische Unterwürfigkeit unter die Launen eines einzigen Mannes dem großen Publicum gegenüber verdunkeln zu können. Sie thut genau dasselbe, was oft despotische Regierungen gethan haben: durch Klatsch, Sensation und auswärtige Kannegießerei sucht sie, soviel an ihr liegt, die öffentliche Aufmerksamkeit von der Betrachtung sehr ernster Dinge im Innern abzuziehen. In der Geschichte der Dupierungen wird dieser Kauf, den die nationalliberale „unabhängige" Presse abgeschlossen hat, immer eines der denkwürdigsten, lächerlichsten und traurigsten Beispiele bilden. Das Beste, was sie hatte, das freie Schlachtfeld zum Kampfe für große und erhabene Gedanken, hat sie hingegeben und dafür hat sie eingetauscht nicht etwa eine vermehrte Gewißheit, daß ihre Stimme gehört wird oder daß ihr Einfluß auf die Regierung, zu deren Gunsten sie ihr Bestes geopfert hat, vermehrt

worden ist; sondern das Recht, Dinge schreiben zu dürfen, deren sie sich schämen müßte, die sie nicht einmal schreiben dürfte, wenn ihr noch ein großer Preis dazu versprochen würde und für deren Niederschreibung sie oft noch als Dank mit in den Kauf nehmen muß, daß sie „täppisch" genannt wird und die Einladung, nach gethaner Schuldigkeit zu gehen, zu hören bekommt.

Wenn der ganze Raum, den der Kriegslärm und der nachfolgende Friedenslärm des vorigen Frühlings in zahllosen Correspondenzen aus aller Herren Länder und Redactions- und Leitartikeln und die sonstigen „guten Informationen" in Beschlag genommen haben, unbedruckt geblieben wäre, wie gering würde die Einbuße sein, welche das deutsche Volk an seiner politischen Weisheit erlitten hätte! Wenn er aber zu der kurzen und bündigen Erklärung benutzt worden wäre, daß das deutsche Volk einen Krieg auf solche Gründe hin, wie sie damals angegeben wurden, nicht will, und fernerhin zu eingehenden, männlichen und wirklich unabhängigen Betrachtungen darüber, was dem deutschen Reiche im Innern zu einem sittlichen, wirklich verfassungsmäßigen und wahrhaft auf das Recht gegründeten Staat noch fehlt; zu recht eingehenden Betrachtungen über gewisse unter den Auspicien der Regierung gemachte Finanzgeschäfte, über den Verbleib der fünf Milliarden, über die letzten Gründe des ökonomischen Jammers in Deutschland gegenüber den blühenden Zuständen in Frankreich, (wofür die „Ueberproduktion" einiger Jahre doch eine mehr als alberne Erklärung bildet); zu recht gründlichen Untersuchungen darüber, ob der Ankauf der Eisenbahnen durch das Reich unter den jetzigen Umständen, nicht bloß vom technischen sondern auch vom politischen, verfassungsmäßigen und liberalen Standpunkt wünschenswerth ist, (worüber sehr große nationalliberale „unabhängige" Blätter auch nicht eine Zeile gebracht haben) oder ob die Befürchtung vorliegt, daß der Hauptzweck der Maßregel ist, die Macht der Regierung gegenüber der Volksvertretung zu erhöhen oder auch großartige financielle Fiaskos der Regierung zu verschleiern; zu einer gebührenden Würdigung der immer mehr einreißenden ministeriellen Gewohnheit, ganz unerhörte Grundsätze aufzustellen und zu ver-

theidigen und nach einmüthiger oder so gut wie einmüthiger Verwerfung derselben ruhig im Amte zu bleiben, als ob gar nichts geschehen wäre, während andrerseits wieder die Kanzlerkrisis zur fortwährenden Schaffung einer Nothlage für den Reichstag, der diese nun einmal gar so sehr fürchtet, verwerthet wird; wenn alles dieses und vieles ähnliche geschehen wäre, und wenn alle die landläufigen Phrasen, die von der Regierung ausgehen und mit denen sie das Gedeihen echter verfassungsmäßiger Anschauungen im Volke zu hindern sucht, und die doch nur ein hohler und ungeheurer Wortschwall sind, gründlich und systematisch als solche enthüllt wären, — wenn mit einem Worte die nationalliberale Presse sich ihrer Pflicht, die recht eigentlich das Wesen der Presse ausmacht, erinnert, und die alten liberalen Forderungen mit um so größeren Nachdruck betont hätte, je mehr dieselben auf Widerstand stießen, anstatt gerade unwürdiger Weise das Gegentheil zu thun: was hätte das Volk in diesen wenigen Wochen an politischer Reife gewinnen können! Wahrhaftig! das Volk ist von der „gut informirten" Presse schmählich bedient worden!

Es ist eine heilige und unabweisbare Pflicht der nationalliberalen Partei, sich gegen die Folgen zu verwahren, welche ihr aus dem Gebahren des überwiegenden Theils der nationalliberalen Presse unausbleiblich über kurz oder lang erwachsen müssen. Die Haltung der nationalliberalen Presse ist geradezu eine schwere Gefahr für die nationalliberale Partei. Ihr und ihrer sclavischen Vergötterung des Reichskanzlers ist es zuzuschreiben, wenn die nationalliberale Partei von der Regierung und selbst von einem großen Theile des Volkes als einfach auf den Namen Bismarck gewählt betrachtet, und ihr das moralische Recht, eine abweichende Meinung zu haben, aberkannt wird — der schlimmste Ruf, in welchem eine politische Partei stehen kann. Deßhalb ist es für die nationalliberale Partei dringend geboten, diesem Zustande der Dinge ein Ende zu machen. Es ist Gefahr im Verzuge. Die nationalliberale Partei muß es entweder durchsetzen, daß die Presse, die ihren Namen trägt, eine andere Haltung annimmt, oder sie muß sich offen von ihr lossagen und sich eine eigene, wahrhaft

nationalliberale Presse schaffen. Vor allem aber möge sie an der Haltung der jetzt sich so nennenden nationalliberalen Presse erkennen, welche Haltung sie nicht einehmen darf. Denn es ist nicht zu verkennen, daß manches und vieles von dem, was hier von der nationalliberalen Presse gesagt ist, auch, wenn auch im gemilderten Maße, die parlamentarische Partei trifft. Sie selbst fühlt es und ihre Mitglieder bestreiten im Privatgespräch die Thatsache nicht. Aber es ist ihr noch nicht gelungen, in ihrer Gesammtheit die richtige Haltung zu gewinnen. Die Aufgabe, die Regierung auf der einen Seite kräftigst zu unterstützen, auf der andern aber auf der ununterbrochenen, wenn auch natürlich nur allmähligen verfassungsmäßigen Entwickelung der politischen Dinge zu bestehen, es nie zu vergessen, daß das eine das andere nur ergänzt, und die politische Leitung im Innern stets selbstständig in der Hand zu behalten, ist auch die Aufgabe der nationalliberalen parlamentarischen Partei, und sie ist auch für sie keine leichte. Aber deren Erfüllung wird unerbittlich von ihr verlangt, wenn sie nicht kläglich Schiffbruch leiden will; und sie kann und muß von ihr unerbittlich verlangt werden; denn von einer parlamentarischen Partei, die in der unmittelbarsten und persönlichsten Weise inmitten der politischen Angelegenheiten steht, kann und muß das höhere Gentlemanthum verlangt werden, ohne welches jene Aufgabe nicht, mit der aber sie sicher zu lösen ist. Auch die nationalliberale Partei ist, anstatt schneidig an die Aufgabe heranzutreten, auf einen ähnlichen abschüssigen Weg gerathen, wie die gleichnamige Presse. Es ist dies eine Thatsache, an der im Ganzen und Großen nichts dadurch geändert wird, daß die nationalliberale Partei den gröbsten Ausschreitungen des reactionären Polizeigeistes, wie er namentlich in der Strafgesetznovelle zu Tage getreten ist, widerstanden hat. Denn im übrigen hat sich auch die nationalliberale parlamentarische Partei mit einer halben und unzulänglichen Stellung begnügt, sie hat sich damit begnügt, daß ihre Anschauungen in volkswirthschaftlichen und socialen Angelegenheiten größtentheils zur Geltung gekommen sind, hie und da auch vereinzelt in politischen Fragen. Um diesen Preis hat sie die Arbeit an

ihrer eigentlichen und glänzendsten Aufgabe, der Durchführung der echten und streng verfassungsmäßigen Regierung, eingestellt oder wenigstens auf eine unbestimmte Zeit verschoben; sie hat namentlich auch dem Reichskanzler gegenüber oft eine persönliche Haltung eingenommen, die Männern nicht geziemt, die das Volk mit der höchsten Ehre, die es im Lande gibt, umkleidet hat. Sie hat, als der norddeutsche Bund und das deutsche Reich gegründet wurden, die Zeit und die Gelegenheit unbenutzt gelassen, von der unbebauten Fläche soviel wie möglich thatsächlich Besitz zu ergreifen und dieselbe mit Einrichtungen, die ihren politischen Anschauungen entsprechen, zu besetzen, während die Regierung eine fieberhafte Thätigkeit entwickelte, um alle die bureaukratischen, absolutistischen und scheinconstitutionellen Ueberlieferungen der einzelnen Staaten, namentlich Preußens, auf den neuen staatsrechtlichen Boden zu übertragen, und das ganze Gewicht, welches sie in Preußen aus dessen geschichtlicher Entwickelung geschöpft haben ihnen auch im neuen Reiche dienstbar zu machen.

Die Partei hat sich der Auffassung, daß der Wille oder die Laune der jeweilig im Amte befindlichen Männer ein vollkommen ausreichendes moralisches Gegengewicht für den entgegengesetzten Willen des gesammten Volkes biete, anbequemt; sie hat es selbst geduldet, daß das Parlament zum Tummelplatze für die Theorien des Scheinconstitutionalismus wurde. Mit der nichtigen Redensart „erst Einheit und dann Freiheit" hat sie sich ködern lassen, und nun, da unter diesem Panier gekommen ist, was unter ihm kommen mußte, da die Regierung für die Einheit nur noch soweit streitet, als dadurch die Macht der Verwaltung gesteigert wird, die Freiheit aber bald verächtlich im Winkel liegen läßt, bald ihr den offenen Krieg erklärt; da es die nationalliberale Partei schon als einen Erfolg betrachten muß, das Hereinbrechen einiger der schlimmsten Requisite des Polizeistaates vom Reiche abgewandt zu haben; da die Reichs-Regierung sich sehr bereit zeigt, die Macht einzuheimsen, welche die Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich nicht sowol dem Reiche, sondern ihr — der Reichsregierung — in die Hände spielen würde, aber vor der Auslegung eines Reichs-

geſetzes durch eine Bundesregierung, wie der des Civilehegeſetzes durch die mecklenburgiſche die Segel ſtreicht und für die Aenderung von Verfaſſungszuſtänden, wie die lippeſchen und mecklenburgiſchen, auch nicht den kleinen Finger rührt, weil hier für die Macht der Büreaucratie nichts zu holen iſt; nun kann ſich die nationalliberale Partei immer noch nicht entſchließen, den wahren Grund und die wahre Lage der Dinge ſich einzugeſtehen und danach zu handeln. Die nationalliberale Partei läßt es ſich gefallen, daß ihr die Verantwortung für die politiſchen und ſocialen Zuſtände auferlegt wird, daß ſie aber auf das ſorgfältigſte von der thatſächlichen Leitung der Angelegenheit ausgeſchloſſen wird; ſie läßt es ſich gefallen, daß ſie von den Organen der Regierung in Wort und Druck für die Erfüllung ihrer Pflicht, wenn ſie dabei das Unglück hat, der Regierung nicht zu Willen zu ſein, gröblich inſultiert wird; ſie läßt es ſich gefallen, daß der Reichskanzler eine anrüchige Perſönlichkeit als ſeinen Vertreter zur Verhandlung mit einer Verſammlung ſchickt, die hauptſächlich aus ihren Mitgliedern beſteht; ſie erträgt ſolche vom Reichskanzler im Reichstage verübte Scenen, wie die vom Juni 1873 und vom Dezember 1874; ſie erträgt ruhig die Zurückweiſung gerade der in Ausübung ihrer eigentlichen politiſchen Aufgabe gefaßten Beſchlüſſe und bleibt dabei in dem Beſtreben, ſich Regierungspartei nennen zu dürfen; ſie läßt es ſich gefallen, daß der Reichskanzler ihr von Zeit zu Zeit das Verhältniß kündigt und ihr klar zu verſtehen giebt, daß er ſie nie anders betrachtet habe, denn als eine Citrone, die man wegwirft, nachdem ſie ausgequetſcht iſt; ſie iſt ſchon bereit, ſich darüber zu freuen, wenn derartige Andeutungen einmal eine Zeit lang nicht gefallen ſind und wenn, wie z. B. gerade jetzt, das Sonnenauge des von der altconſervativen Partei — zum wahren und dauernden Ruhme derſelben — mit einem Korbe bedachten Kanzlers milde auf ihr ruht, obgleich eine lange Erfahrung ſie doch darüber belehrt haben muß, daß ſolche Sonnenblicke nicht mehr werth ſind, als Sonnenblicke in dem Monat, an deſſen erſtem Tage der Kanzler geboren iſt.

Das iſt nicht die Haltung von Gentlemen im höhern Sinne und ein Mitglied eines Parlaments hat die Pflicht, ein Gentle-

man im höheren Sinne zu ſein, und ſich vor Annahme der angebotenen Ehre ernſt zu prüfen, ob er dieſer Ehre gewachſen iſt. Selbſt wenn die nationalliberale Partei wirklich Regierungspartei wäre, anſtatt ſich der Regierung gegenüber in kaum einer andern Stellung zu befinden, als in der eines dienenden Bruders, ſelbſt wenn ſie die Macht wirklich in den Händen hätte und nicht den Schatten des Spiegelbildes derſelben, ſelbſt dann würde es ihr nicht anſtehen, alle die ſachlichen und perſönlichen Opfer zu bringen, die der Reichskanzler in immer verſtärktem Maßſtabe von ihr fordert. Es giebt nur Einen Fall, wo eine ſolche Haltung von der Ehre erlaubt wäre. Wenn es ſich um die Rettung und das Daſein ſelber des Vaterlandes handelte, und der einzige Mann, der es retten könnte, machte zur Bedingung ſeiner Mitwirkung die ſachlichen Opfer und hätte den ſchlechten Geſchmack, auch die perſönlichen Opfer zu fordern, dann wäre es Recht, ſie zu bringen. Allein der Fall liegt nicht vor. Nach dem freiwilligen oder unfreiwilligen Rücktritte des Kanzlers wird das deutſche Reich auch nicht um eine einzige Stufe von dem Platze herabſteigen, den es ſich durch eigene Kraft unter den Völkern erworben hat. Die nationalliberale Preſſe, welche das Gegentheil entweder offen ausſpricht, oder ihre ganze Haltung auf die Vorausſetzung des Gegentheils gründet, macht ſich der Albernheit und der Beleidigung Deutſchlands ſchuldig. Und nicht weniger iſt es eine Albernheit und eine Beleidigung des deutſchen Volks, zu glauben und ihm einreden zu wollen, daß es um des „Culturkampfes“ willen alle die unfreiſinnigen Velleitäten des Kanzlers befriedigen müſſe, daß es ohne dieſen das römiſche Joch nicht abſchütteln und fernhalten könne und daß die Befreiung von dieſem Joche die „Belohnung“ dafür ſei, daß es dem Kanzler überall gehorſame. Der Antheil, den der Reichskanzler an der Errichtung des deutſchen Reichs gehabt hat, groß wie er iſt, iſt klein im Vergleich zu all den andern Kräften, die dabei mitgewirkt haben, und noch kleiner im Vergleich zu denen, die die Dauer und den Glanz des Reichs für die Zukunft verbürgen; und wenn das deutſche Volk ſich nicht aus eigener Kraft von der

römiſchen Herrſchaft freizumachen getraut, ſo thut es am beſten, ſobald als möglich vom „Culturkampfe“ abzuſtehen. Alle andern Gründe aber, die die nationalliberale Partei zur Entſchuldigung für ſich anführt, ſind nichtig. Da iſt zunächſt die Größe des Mannes. Aber ſie iſt nicht von der Art, um die Partei rechtfertigen zu können. Fürſt Bismarck iſt ein großer Mann, aber er ſtellt einen etwas untergeordneten und gar ſehr mit andern und entgegengeſetzten Zügen vermiſchten Typus von Größe dar. Kein vollendet großer Mann hat eine ſolche Empfindlichkeit gegen Beleidigungen von der untergeordnetſten Seite her; kein vollendet großer Mann iſt Anfällen von despotiſcher Laune gegenüber ſo widerſtandsunfähig; kein vollendet großer Mann unterſtützt ſo lakaienhafte Lobhudeleien, wie die in Hefekiels „Buche vom Grafen Bismarck“ enthaltenen; kein vollendet großer Mann fühlt eine ſolche ernſthafte Sehnſucht nach dem Glücke eines durch keine Rückſichten der Höflichkeit gebundenen ruſſiſchen Grenzpolizeibeamten, daß er die Aeußerung dieſer Sehnſucht nicht unterdrücken kann; kein vollendet großer Mann läßt ſich durch perſönliche Gefahr ſo aus der Faſſung bringen, zumal wenn er das großartige Beiſpiel „der majeſtätiſchen Beſcheidenheit, mit der Kaiſer Wilhelm den Königsmörder Oskar Becker der Vergeſſenheit übergab“, ohne an Ausnahmemaßregeln zu denken, vor Augen hat; kein vollendet großer Mann, der eben noch dabei iſt, einen bereits zu Boden liegenden politiſchen Gegner mit allen Waffen, die ihm Geſetze und Verwaltungseinrichtungen ſeines Landes in die Hand geben, wegen pflichtwidriger Veröffentlichung von Depeſchen zu verfolgen (was ein großer Mann an und für ſich unter Umſtänden allenfalls thun könnte), läßt ſich dazu fortreißen, zu Ungunſten dieſes Gegners empfangene Mittheilungen öffentlich bekannt zu machen, die nur höchſt vertraulicher Natur ſein konnten, und deren Bekanntmachung ihm gerade von der öffentlichen Meinung desjenigen Landes, auf deſſen Stimmung er ſeiner eigenen Angabe nach durch jene Bekanntmachung hauptſächlich wirken wollte, nichts anderes einbringen, als einmüthigen herben Tadel ſeiner Indiscretion, ja theilweiſe ſogar den in poſitivſter Form ausgeſprochenen Vorwurf, unrichtige Be-

hauptungen aufgestellt zu haben. Mit all seiner Fähigkeit und seiner geistigen Kraft fehlt dem Fürsten Bismarck jene geistige Fertigkeit und Vielseitigkeit, durch welche andere große Männer das Gleichgewicht ihres Geistes erhalten und ihr Werk hinausgeführt haben, ohne über jedes Hinderniß ein Klagegeschrei zu erheben und ohne bei jeder Gelegenheit eine Aenderung der Gesetzgebung und neue, ausnahmsweise Gewalten zu verlangen, mit deren Hülfe auch die unbedeutendsten Menschen eine Zeilang mit größter Leichtigkeit würden regieren können. Der Kanzler hat mehr als einmal gezeigt, daß er seine Schwächen überwinden kann, wo es sein muß. Hätte die nationalliberale Partei bei aller Treue gegen ihn in sachlichen und persönlichen Dingen, wo er Unrecht hatte, festeren Widerstand geleistet: er wäre bereits weiter auf dem Wege zur vollendeten Größe. Aber so, wie er ist, ist er kein geeigneter Gegenstand für eine Hingabe von der Art, wie die nationalliberale Partei sie ihm je mehr und mehr entgegenbringt.

Als eine weitere Entschuldigung für ihre Haltung führt die nationalliberale Partei an, daß dieselbe dem Kanzler rein persönlich gelte. Aber das ist eitel Täuschung. Denn die nationalliberale Partei schwächt mit dieser Gewöhnung ihr eigenes Gefühl für ihre Würde nicht nur in sich selbst auf die Dauer, sondern setzt sich in den Augen des Volkes, das dem Verlaufe der Dinge zuschaut, herab, und verstopft somit die Quelle ihrer eigentlichen Macht. Selbst wenn sie im Stande wäre, die aufgegebene höhere gentlemanmäßige Haltung in jedem gegebenen Augenblicke wieder zu gewinnen, so würde sie doch die Eindrücke, die mittlerweile das gesammte Volk von ganz oben bis ganz unten davon empfangen hat, nicht sofort wieder verwischen können. Darin liegt eine schwere und unmittelbare Gefahr. Der Reichskanzler ist nicht in dem Maße, wie es die nationalliberale Presse täglich urtheils- und unterscheidungslos hinausschreit, der Vertreter des deutschen Einheitsgedankens oder der Vertreter des Kampfes gegen römische Geistesknechtschaft, sondern er ist es eben nur dann und nur soweit, als seine anderweitigen persönlichen politischen Neigungen zugleich dadurch befriedigt werden. Diese sind aber zum überwiegenden Theile nichts weniger

als in Uebereinstimmung mit den eigentlichen und echten Anschauungen und Grundsätzen der freisinnigen Parteien, ja sie hindern sogar die folgerichtige Durchführung des Einheitsgedankens und den Kampf gegen Rom, denen beiden je weniger Erfolg in Aussicht steht, je weniger sie sich auf dem reinen Boden allerstrengster Verfassungsmäßigkeit und freisinniger Entwicklung bewegen; und der Kanzler verdient daher von dieser Seite her nichts weniger als eine solche Vergötterung, wie sie mit ihm getrieben zu werden pflegt. Untrennbar von ihm, zum Theil von ihm geradezu ebenso stark oder noch stärker und rückhaltsloser vertreten, wie der deutsche Einheitsgedanke und der Kampf gegen Rom sind eine große Menge von büreaukratischen, reactionairen, absolutistischen Velleitäten und Strömungen, und diese werden durch die Haltung der nationalliberalen Partei so zu sagen täglich mehr in die glückliche Lage des Besitzers gebracht, indem sie es stillschweigend zugibt, daß die entsprechenden politischen Anschauungen täglich mehr in den Gemüthern des Volkes Platz greifen. Von der andern Seite her wird die Gunst der Lage systematisch und mit dem größten Eifer benutzt, um sich von der liberalen Partei solche moralische Bollwerke gegen sich selber bauen zu lassen. Diese zu zerstören aber wird dereinst nicht die Sache eines einzigen Tages sein, und würde es nicht sein, selbst wenn die liberale Partei bis dahin nicht selbst Schaden an sich gelitten hätte. Aber das wird sie unvermeidlich und in schwerem Maße gethan haben, denn man kann nicht für eine gewisse Zeitlang und unter gewissen Umständen eine falsche Haltung annehmen und sie plötzlich wieder abschütteln, wie man eine Maske von sich wirft. Es gilt jetzt schon mehr als ein schlagendes Beispiel dafür, daß die demüthige Haltung, die die nationalliberale Partei bloß dem Reichskanzler gegenüber annehmen will, ihr ganzes Wesen ergriffen hat. Im Sommer vorigen Jahres empfahl der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, dem Hause der Abgeordneten die Annahme der Provinzialordnung mit den Worten, das Haus werde einen großen politischen Fehler machen, wenn es die Annahme verweigere. Der Gedanke lag ungemein nahe — und ist wahrscheinlich auch vielen Mitgliedern der national-

liberalen Partei gekommen, daß der Fehler nicht allzugroß sein würde, weil im Besitze der Kreisordnung dem Lande im Falle der Ablehnung dieser Provinzialordnung eine andere, mindestens ebenso freisinnige, wie eine reife Frucht in den Schooß würde fallen müssen; und daß ein wirkliches Interesse an dem sofortigen Zustandekommen des Gesetzes nur der Minister hatte, dessen Stellung nach oben im andern Falle sonst sehr erschüttert gewesen wäre. Graf Eulenburg wußte seine Erkenntlichkeit für das ihm — man weiß wirklich nicht recht warum — gebrachte Opfer nicht besser auszudrücken, als im Herrenhause einige reactionaire Verschlechterungen zu befürworten, und dann im Hause der Abgeordneten das verschlechterte Gesetz mit denselben Worten wie beim ersten Male und mit dem Hinzusatze zu empfehlen, er hätte nicht gerade die Provinzialordnung in der früheren Gestalt sondern überhaupt gemeint, daß auf jeden Fall eine Provinzialordnung zu Stande kommen müsse. Er hatte sich übrigens in seinen Leuten nicht getäuscht und der größte Theil der Nationalliberalen stimmte auch für die zweite Auflage, ohne ein Zeichen dafür, daß er den Hohn des Ministers gefühlt hätte, an den Tag zu legen. Darauf erschien der bereits erwähnte officiöse Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welcher sagte, daß die liberale Partei, nachdem die Provinzialordnung mit ihrer Hülfe zur Befriedigung der Regierung zu Stande gebracht sei, hoffentlich möglichst vom politischen Schauplatze verschwinden würde. Es ist nicht bekannt geworden, ob die nationalliberale Presse und Partei darin etwas Unpassendes und Beleidigendes gefunden hat. Ein anderes Beispiel ist jüngeren Datums. Am 9. Februar d. J. hielt Fürst Bismarck eine Rede im Reichstage. Er sagte darin sehr viele und sehr neue Dinge. Er sagte, er hätte ein Prophet sein müssen, um zu wissen, daß der Reichstag an der Strafgesetznovelle etwas auszusetzen finden würde. Niemand antwortete, daß er dazu bloß nicht das schnurgerade Gegentheil eines Propheten hätte zu sein brauchen. Der Reichskanzler suchte noch einmal die Strafgesetznovelle so zu erklären, als habe dieselbe nur gegen die Socialdemokratie gerichtet sein sollen. Niemand antwortete, daß dieselbe in Wahrheit ein Machwerk sei, gerichtet gegen jede freie Meinungs-

äußerung, würdig des scheußlichsten Polizeistaats; niemand unternahm es an der Hand der Anwendung der bestehenden Gesetzgebung auszumalen, wie der Zustand der Dinge in Deutschland erst sein würde, wenn diese Vorlage zum Gesetze erhoben sein würde. Der Kanzler stellte es gewissermaßen als die Pflicht eines Ehrenmannes hin, wegen jeder lächerlichen Beleidigung der Hülfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen und nannte alle diejenigen, die das nicht thun, „dickfellig." Niemand erhob sich, um zu entgegnen, daß die allgemeine Ansicht von den Pflichten eines Ehrenmannes in diesem Punkte bisher die genau entgegengesetzte gewesen ist, und daß man nicht Lust habe, alle diejenigen Ehren- und wahrhaft großen Männer, welche es verstanden, Beleidigungen zu verachten, mit einem Ausdrucke, wie den vom Kanzler gebrauchten, bezeichnen zu lassen. Der Kanzler nahm es als das besondere Recht und Kennzeichen eines „kaiserlichen" Ministers in Anspruch, Gesetze einzubringen, mit dem Bewußtsein, daß dieselben nicht der Mehrheit des Reichstags, sondern dem ganzen Reichstage verhaßt seien. Niemand aus der nationalliberalen Partei deutete an, ob die Furcht vor der Dickfelligkeit dem Willen des Reichstags bei solchen und andern Gelegenheiten gegenüber nicht angebrachter wäre, als bei irgend einer Beleidigung eines ganz untergeordneten Winkelblättchens. Der Reichskanzler versicherte, daß im vorigen Frühjahre die Stimmung deutscherseits eminent friedlich gewesen sei, trotz des blödsinnigen Kriegsgeschreis, das die nationalliberale und sonstige regierungsfreundliche Presse plötzlich und ohne alle Spur von äußerer Veranlassung wie auf Commando erhoben. Niemand aus der nationalliberalen Partei fragte, warum er damals nicht Ein Wort in diesem Sinne gesprochen und es der deutschen Politik erspart habe, in den Augen Europas so dazustehen, als ob sie erst auf Gebot des russischen Kaisers friedliebend geworden sei. Der Kanzler erklärte, es gäbe keine Reptilien mehr. Niemand aus der nationalliberalen Partei knüpfte daran den Antrag, die Verwaltung des Reptilienfonds der Controle des Reichstags zu unterstellen. Als der Abgeordnete Windthorst die drei letzten Punkte anregte, gerieth das Haus und

wahrſcheinlich auch die nationalliberale Partei wiederholt in „Heiterkeit;“ als aber der Kanzler in ſeiner Erwiderung es vollkommen unterließ, namentlich auf den erſten und dritten dieſer drei Punkte einzugehen, fand dies das Haus und natürlich alſo vor allem die nationalliberale Partei ganz ſelbſtverſtändlich und dachte nicht daran, ein weiteres Eingehen darauf zu verlangen. Das geſchah am 9. Februar einem „großen“ Manne gegenüber. Wenige Wochen darauf ließ ſich das Haus und voran alſo die nationalliberale Partei von einem nicht ganz ſo großen Manne ſagen, daß es für die Regierung keine Niederlage ſei, wenn eine von ihr eingebrachte Vorlage von grundſätzlicher Bedeutung ſo gut wie einſtimmig abgelehnt würde; es ließ ſich ganz ruhig von demſelben Manne auseinanderſetzen, daß es in der Natur der Sache liege, daß das Urtheil gegen einen zur Strafverſetzung verurtheilten Beamten um ſo weniger rechtzeitig vollſtreckt werden könne, je gröber das Vergehen deſſelben und je nothwendiger alſo die ſchleunige Vollſtreckung ſei; es ſchien es für ganz paſſend und in der Ordnung zu halten, daß der Miniſter einen untergeordneten Subalternbeamten mit einem Ausdrucke belegte, den man im gewöhnlichen Leben ein Schimpfwort nennt; und es hörte zuletzt ganz geduldig eine halbe Lobrede auf denſelben Beamten an, deren Gedankengang aber etwa der war, daß „Strammigkeit“ und „Brauchbarkeit“ im Dienſt eine Entſchuldigung für rechtswidriges Benehmen ſei, alſo etwa derſelbe Gedankengang, dem Herr Büffet folgte, als er zum Entſetzen der nationalliberalen Preſſe ſich von dem ſchurkiſchen Präfekten Ducros nicht trennen wollte. Dieſe Erſcheinungen ſind nicht erfreulich, aber um ſo natürlicher. Es geht nicht an, die Opfer, die der Reichskanzler verlangt, und die die nationalliberale Partei zu bringen viel zu bereit iſt, nur theil- und bedingungsweiſe zu bringen. Wer ſie bringt, bringt ſie ganz und immer. Mit großen Männern fängt man an, mit andern hört man auf. Die Todten, und ſolche, die es werden wollen, reiten ſchnell. — Die liberale Partei, und in ihr diejenigen, die jetzt die nationalliberale Partei bilden, hat ſeinerzeit ihre Aufgabe im Widerſtande gegen die Regierung groß-

artig und männlichen Sinns gelöst, und das Volk hat ihr bis zum letzten Augenblicke treu und unbeirrt von Redensarten, Verlockungen, Drohungen und Zwang zur Seite gestanden. Die Aufgabe, die ihr jetzt obliegt, die Regierung in wichtigen Punkten ihrer Politik und innerhalb gewisser Voraussetzungen und Schranken kräftig und mit Eifer zu unterstützen, in vielen anderen Punkten aber auf einen der Regierung entgegengesetzten Standpunkte fest und unweigerlich zu verharren und den Zwang der Regierung nicht nur abzulehnen, sondern auch ihrerseits die Regierung kräftig zu zwingen, ist gewiß viel schwerer. Sie erfordert ein weit größeres Maaß von Wachsamkeit gegen sich selbst und scharfer Unterscheidung, sie erfordert ein weit größeres Maaß von Charakter. In die Opposition sich verbeißen ist leicht, wo der Charakter fehlt, tritt ergänzend die Hartnäckigkeit ein. Aber auf die Scheide zwischen zwei Richtungen gestellt, Verlockungen widerstehen, für aufgebauschte, aber im Grunde ärmliche Zugeständnisse bessere Dinge nicht dahingeben, den Schein niemals für das Wesen halten, über den kleinen scheinbaren Gewinn in der Gegenwart, den Verlust für die Zukunft nicht vergessen, das ist der Prüfstein des wahren Charakters. Aber die liberale Partei hat in ihrem Kampfe für den freien und streng verfassungsmäßigen Rechtsstaat, wenn sie ihn ernsthaft aufnehmen will, auch viele und gute Chancen. Aus der Lage, die die Regierung zur Conflictszeit sich und dem Lande geschaffen hatte, rettete die Regierung vor ihrem verfassungsmäßigen oder nicht verfassungsmäßigen Sturze, welcher unter andern Umständen der einzige Ausweg gewesen wäre, die Umwälzung von 1866 und es war zweifellos diese Umwälzung, in sicherer Aussicht auf welche die Regierung in jene Lage sich zu begeben gewagt hatte. Heutzutage aber würde ein solcher Ausweg, so weit menschliche Voraussicht reicht, nicht vorhanden sein, wenn die Regierung es unternehmen wollte, ernstlich gegen den Willen des Landes sich zu behaupten; auch ist das, was in Preußen unternommen werden konnte, im deutschen Reiche unendlich weniger möglich. Die Partei des strengen Verfassungs- und Rechtsstaates braucht sich bloß dieser ihrer Vortheile bewußt zu zeigen und den

gelegentlichen hochtönenden Redensarten der Regierung kalt ihr Ohr zu verschließen, so wird sie sehen, daß jetzt die Dinge anders liegen, wie damals. Und ferner muß sie sich von der unwürdigen, namentlich durch die nationalliberale Presse gepflegten Auffassung los machen, daß der Kampf gegen die römische Hierarchie gewissermaßen eine Belohnung für die „gute Haltung" der liberalen Partei gegenüber der Regierung sei, und daß, wenn jene eine zu große Selbstständigkeit zeige, die Regierung dann „zur Strafe" die kirchliche und politische Reaction loslassen und die liberale Partei mit dem Lande derselben wehrlos preisgegeben sein werde. Wenn die liberale Partei nicht glaubt, daß sie, wenn nöthig, auch aus eigener Kraft mit der politischen und kirchlichen Reaction fertig werden kann, sondern dazu den Beistand des Kanzlers unter jeden ihm gut dünkenden Bedingungen zu erkaufen unerläßlich gezwungen ist, dann ist es von vornherein überflüssig, den Kampf zu beginnen oder fortzuführen; dann ist ihr der Siegespreis auf jeden Fall entrückt, gleichviel, wie der Kampf ausgehen wird. Sie möge nie vergessen, daß ihre politischen Grundsätze und Ideale es sind, und nicht Combinationen des Augenblicks, welche ihr den ungetrübten Sieg verleihen können und sie möge vertrauen, daß, je unentwegter sie bei diesen Grundsätzen und Idealen verharrt, um so fester das Volk auf alle Fälle zu ihr stehen wird, wie es einst zu ihr gestanden hat. Nicht darauf kommt es an, liberal zu sein, und wieder liberal und immer liberal; viele Punkte der landläufigen liberalen Schablone, financielle, volkswirthschaftliche, allgemein humanitiäre, sociale; solche, welche darauf abzielen, das Gefühl der Pflicht in dem Menschen zu ertödten; solche, welche auf eine Vergötterung des Individuums hinauslaufen, würden treffliche Gegenstände für einen Compromiß abgeben, so lange einmal noch compromittirt werden muß. Aber in Dingen, die den Kern und das idealste Wesen der liberalen Sache bilden, und in denen fortwährend ein Compromiß von ihr verlangt wird: das ist in der Frage der echten und bis auf den letzten Grund gehenden Verfassungsmäßigkeit und des echten Rechtsstaates, da muß die liberale Partei auf ihrem formellen Recht und auf der Macht

die ihr ihre Zahl gibt, bestehen, da kann und darf, zumal wo es sich um gesetzgeberische Neuschöpfungen handelt, kein Compromiß sein. Die nationalliberale Partei hat nichts zu thun, als das, was sie sich vorgenommen hat, wirklich und unablässig zu erstreben. Seitdem das deutsche Reich fest steht, ist jeder Grund und Scheingrund zur Unterlassung verschwunden. Hindernissen gegenüber bedarf es verdoppelter, nicht Heftigkeit, aber Nachhaltigkeit und Ernst des Angriffs. Noch weniger aber darf in Dingen der persönlichen Würde compromittiert werden. Das ist der schlimmste Fehler, den eine politische Partei machen kann. Sachlich sein ist gut, aber es darf nie auf Kosten der persönlichen Würde geschehen. Das ist der sicherste Weg, um mit der Person auch die Sache zu verderben. Schwächliche persönliche Haltung ist die schlimmste Blöße, die man dem Gegner — und der Reichskanzler ist zum mindesten zur Hälfte der Gegner der liberalen Partei — geben kann; schwächliche persönliche Haltung macht die Freunde verzagt und mißmuthig.

Die Politik, zumal wo sie vor den Augen des ganzen Volkes öffentlich geführt wird, ist die vornehmste Beschäftigung, die es gibt, und die an sie herantreten, müssen vornehmer Gedanken voll sein. Das Volk hat für ein vornehmes und männliches Auftreten mehr Sinn, als für das größte Talent, und stößt unweigerlich über kurz oder lang diejenigen von sich, die seinen gerechten Ansprüchen hierin nicht genügen. Aber die erste Pflicht des Gentleman ist, seine Persönlichkeit ganz und voll, auch größten Verlockungen gegenüber, auch in den schwierigsten Verhältnissen zu wahren. Es kann kommen, daß diese Pflicht für den Augenblick in das Thal des dunkeln Schattens führt, aber die politische Partei, die um dieser ihrer Pflicht willen hinabsteigt, ist sicher, sich bald wieder auf sonnenbeglänzter Höhe zu finden. Für die Todten, die in solchem Kampfe fallen, liegen schon am Tage der Bestattung die Kränze bereit, die nach kurzer Frist die Häupter der Wiedererstandenen schmücken sollen. Wer sich aber um jeden Preis an die Höhe klammern will, stürzt zuletzt doch hinab und stirbt dort unten den Tod, von dem es keine Auferstehung zu einem neuen politischen Leben gibt: den Tod an Mißachtung.